

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Abteilung, Neue Graupenstr. 5/6,  
und durch Postanstalt zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 2.95,  
wo keine Post am Orte, M. 3.35.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abteilungsgeld  
für die einjährige  
Abonnement oder deren Raum  
24 Pfennige,  
für Vierteljahr, Monats- und  
Wochenabonnements 15 Pfennige.  
Kontingente Abnahme 25 Pf.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Donnerstag 3 Uhr in der  
Abteilung abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 90.

Dienstag, den 19. April 1910.

21. Jahrgang.

### Lyd-Dilekto.

Herr Heydebrand versicherte erst kürzlich, daß ihm am Beifall der Massen nichts gelegen sei. Jetzt versichern die Massen durch ihre Abstimmung, daß ihnen an Herrn Heydebrand und seinen Kujunkern nichts liegt. Nun fangen die Kujunker zu loben an. Die „Kreuzzeitung“ erblickt in dem Sieg in Lyd einen Erfolg der nationalliberalen Agitationstechnik (System Schwabach), damit ausdrückend, daß den Wählern reichlich Bier und Schnaps spendet wurde. Das Blatt spinnt diesen Gedanken noch weiter mit den Worten:

„Wir können nicht leugnen, daß uns dieser Verlust tief schmerzt. Aber wir müssen zugleich sagen, daß in jenem ostpreussischen Wahlkreise nicht der Liberalismus den Konservatismus besiegt hat, sondern daß hier die skrupelloseste Demagogie und der größte Gelbbentel über die alt eingewurzelte Gerechtigkeit triumphiert haben.“

Die „Kreuzzeitung“ erinnert dann daran, daß der Abgeordnete Mallewitz schon vor zwanzig Jahren auf dem Wahltag empfohlen hat, die Konservativen müßten demagogischer werden und erteilt den bringenden Rat, dieses Rezept jetzt zu befolgen. Auf die „Deutsche Tageszeitung“ hat der Wahlausfall ebenfalls den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht. Den Nationalliberalen wird vorgehalten:

„Die Nationalliberalen haben eine heil-, wahl-, beispiegel- und skrupellose Agitation getrieben. Das Beispiel von Mellewitz ist nicht nur befolgt, sondern überboten worden. Fast an jedem Straßbaum befanden sich die doppelstimmigen Wahlaufrufe der Nationalliberalen. Ihre Kraftwagen machten Weg und Steg unsicher. In der Verheerung der Konservativen und der Agrarier waren die Sozialdemokraten im Vergleich mit den Nationalliberalen wirklich nur Waisenkinder.“

Die „Germania“ versagt natürlich den Konservativen ihr tiefgefühltes Beileid ebensowenig, wie unser heimisches Zentrumsorgan. Daß die Niederlage der Konservativen auf ihre Haltung bei der Reichsfinanzreform zurückzuführen ist, bestreitet das Zentrumsblatt mit dem Hinweis darauf, daß die politisch ganz ungebildeten Wählermassen, Masuren usw. auf den Dörfern und Gütern an der russischen Grenze gar keine Ahnung davon haben, was in Berlin vorgeht. Die meisten glauben kritiklos, was ihnen die Liberalen vorreden und hielten die Gelegenheit für günstig, dem Landrat und den zu ihm haltenden Gutbesitzern einmal einen Denkkettel zu geben. Schließlich redet die „Germania“ den Konservativen aber doch ins Gewissen, mit dem Volke engere Fühlung zu nehmen, denn die Zeiten sind vorbei, wo man sich der Rücksicht auf die weitesten Kreise entziehen konnte.

Daß die Nationalliberalen auf den ersten Anblick den Konservativen einen Kreis abnehmen werden, der bis jetzt zum sichersten konservativen Besitztum gerechnet wurde, hat allerdings allgemein überrascht. Die liberale Presse bucht diesen Sieg als einen Erfolg des liberalen Gedankens und die „Nationalzeitung“ meint stolz, nun endlich wird das Versteckene von der nationalliberalen Partei, die sich „auf schiefer Ebene“ befindet. Der Tag von Johannisburg war eine Kraftprobe, welche die nationalliberale Partei glänzend bestanden hat. Sie beweist, daß noch die alte Kraft vorhanden ist, die, gepaart mit Opferwilligkeit und Liebe zur Partei, für die Zukunft aussichtsreiche Bürgschaften gewährt.

Das ist natürlich arg übertrieben.

Verhältnismäßig prompt findet sich die konservative Parteileitung mit einem Aufruf in ihrer „Korrespondenz“, worin sie den betrübenden Ausfall der Wahl feststellt und die Abgeordneten der Partei um engste Fühlungnahme mit ihren Wählern ersucht. Darin wird lobenswerter Weise die geringe politische Schulung der konservativen Wähler ausdrücklich festgestellt und Nachhilfe empfohlen. Mit der geringeren Schulung dieser Wähler wird nur gerade die konservative Partei die wenigsten Geschäfte machen und wir können nur wünschen, daß der Rat befolgt wird. Der gegenwärtige Aufruf schließt mit den Worten: „Der Kampf um Dilekto-Lyd-Johannisburg ist aus, es lebe der Kampf um Dilekto-Lyd-Johannisburg!“

Es bleibt also dabei: Die Kujunker verzichten bei ihrer Wahlschmacherei auf den Beifall der Massen — aber als Schwammvieh, da haben sie diese Massen gern.

gab, fand Herr von Kröcher nun auf einmal die Würde des Kaufes verlegt und rumpelte Genossen Ströbel mit seinen witzigen Redensarten über dessen angebliche „Worttreue“ an. Was Ströbel dem Präsidenten auf diese Späße antwortete, war das Selbstbeste und Selbstschäme, was gesagt werden konnte. Trotzdem brüllte die junkerliche Korona, weil es so in ihrem Regiezetel stand, los, und hatte dabei sogar den Erfolg, alle bürgerlichen Parteien einzuschüchtern und zur Nachfolge zu bewegen. Das Weitkriechen von dem Thron hat man sich ja trotz November 1908 noch nicht abgewöhnt, und so kam es, daß sämtliche bürgerlichen Parteien bis zum Freitag hinunter teils „enttäuscht“, teils „indigniert“ waren, teils „mißbilligt“, und daß keine einzige von ihnen anständig genug war, anzuerkennen, daß der Skandal, wenn es ein solcher war, ausschließlich den Herren Dreilenbach und Kröcher auf die Rechnung zu setzen ist.

Nun glauben die ungeschickten Herrschaften, der Wirkung der Sozialdemokratie im preussischen Landtage dadurch Abbruch tun zu können, daß sie einen Ausschleiß-Paragrafen in ihre Geschäftsordnung hineinschieben. Ein Sozialdemokrat, der den Unwillen des Herrn v. Kröcher und seiner Sippe erregt, soll „ohne Debatte“ von einer, sechs oder zwölf Sitzungen — je nach dem Grade der junkerlichen Aufregung — ausgeschlossen werden können. Die Sozialdemokratie sitzt aber heute nicht nur im preussischen Landtage, sondern auch im Reichstage, in fast allen Landtagen und Stadtvorordneten-Versammlungen des Reiches, sie ist mehrfach sogar an der Leitung parlamentarischer Verhandlungen beteiligt, und arbeitet überall ruhig und sachlich innerhalb der Grenzen parlamentarischer Sitten an der Gesetzgebung oder Verwaltung mit. Auch die sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtages sind seit vielen Jahren als Stadtvorordnete tätig, ohne daß eine der städtischen Körperschaften, denen sie angehören, jemals auch nur daran gedacht hätte, ihnen gegenüber eine Verschärfung ihrer Disziplinarmittel für erforderlich zu halten. Wenn das, was überall geht, gerade im preussischen Abgeordnetenhaus nicht geht, so kann die Schuld nicht an den sozialdemokratischen Vertretern, sondern nur am Abgeordnetenhaus selbst liegen. Einerseits ist dieses Haus so beschaffen, daß jeder noch nicht völlig abgestumpfte anständige Mensch durch das Treiben des Hochseits in die stärkste Erregung versetzt wird, andererseits wird gerade hier die Freiheit des Wortes auf das freieste und schamloseste unterdrückt. Die Berliner Arbeiter werden wohl nicht ruhig zusehen, wenn man ihre Vertreter mißhandelt, sondern sie sagen mit Adolf Hoffmann: „Kommt nur heran!“ Man kann dem Ausgange der großen Staatsaktion mit Ruhe, aber nicht ohne stille Heiterkeit entgegensehen, denn heute ist schon klar, daß die Maulkorbpolitik von der Rechten auf alle Fälle das gerade Gegenteil von dem bewirken werden, was sie wollen.

Eine recht zutreffende Zusammenfassung der Verhältnisse gegen den guten Ton in unserm Parlament bringt auch die „Presl. Ztg.“, wenn sie schreibt:

Wer hat den Stand der auf den Tribünen schwer arbeitenden Journalisten in frecher Unschicklichkeit mit dem Göttergötter „Saubengel“ beschimpft? Das war kein Sozialdemokrat, sondern Herr Gröber, eine der Zentrumsgrößen.

Wer hat erst kürzlich die Ebenfallsität an die Wand gemalt, daß der Kaiser den Reichstag durch einen Leutnant mit zehn Mann solle schließen lassen? Das war ein Agrarjunger, Herr von Oldenburg.

Wer hat den Abgeordneten der bürgerlichen Linken vorgeworfen, daß sie einen Ehrenstandpunkt überhaupt nicht hätten? Das war wiederum Herr von Oldenburg.

Und wer ließ diese unerhörte Beleidigung ungeführt? Das war der Zentrumspräsident, Herr Spahn.

Wer erteilte zwei Zentrumsleuten, entgegen den Regeln des Hauses, das Wort, ohne andere Parteien zu berücksichtigen? Das war wiederum ein Zentrumspräsident.

Wer verweigerte die Minderheit auch bei einer so wichtigen Frage, wie die Wahlrechtsvorlage? Das haben erst dieser Tage die verbundenen Konservativ-Linken getan.

Und wer hat systematisch seit Jahr und Tag im Abgeordnetenhaus den Rednern der Linken, auch wenn sie persönlich aufs bestmögliche angegriffen und provoziert waren, durch raffinierte Schlussanträge das Wort zur Erörterung abgekantet? Das waren die Herren vom Zentrum und von der Rechten.

Hält man dazu noch den Umstand, daß es am ruppigsten in den Parlamenten zugeht, die keine Sozialdemokraten haben, — z. B. Elsaß und Ungarn — und am anständigsten in den Parlamenten mit sozialdemokratischen Vizepräsidenten — Baden, Götting, Weiningen — so kann man die Heuchelei unserer vornehmen Konseker am besten durchschauen.

### Das Wert der Edlen und Erlauchten.

Die Wahlrechtsbeschlüsse des schwarz-blauen Blocks, reviviert und abgeändert durch das preussische Herrenhaus, sollen uns also die organische Fortentwicklung des preussischen Wahlrechts bringen, die uns die Thronrede vom 20. Oktober 1908 versprochen hat. Das Herrenhaus hat eine zwanziggliedrige Kommission gewählt, die sich sofort an die Arbeit gemacht und zunächst nach einer allgemeinen Besprechung die Paragraphen 1—4 der schwarz-blauen Blockvorlage unverändert angenommen hat. Damit bestätigt auch

das Herrenhaus, daß das Dreiklassen-system mit indirekter Zettelwahl und öffentlicher Wahl der Abgeordneten beibehalten werden soll. Die folgenden Paragraphen 5, 6 und 8 sollen aber entsprechend den Wünschen der Regierung und des freikonservativ-nationalliberalen Gegenblocks abgeändert werden. In den Paragraphen 5 und 6 wird bestimmt, daß die Stimmbezirke nicht weniger als 750 und nicht mehr als 1749 Einwohner haben sollen und daß innerhalb dieser Stimmbezirke die Klassenverteilung vorzunehmen ist. Auf je 750 Einwohner soll ein Wahlmann gewählt werden. Diese Bestimmungen will das Herrenhaus entsprechend den freikonservativ-nationalliberalen Forderungen so abändern, daß die Stimmbezirke, innerhalb welcher die Dreiteilung erfolgt, vergrößert werden. Die Festsetzung der Größe der Stimmbezirke auf 750—1749 Einwohner entspricht dem alten noch geltenden Dreiklassenwahlrecht. Die Vergrößerung der Stimmbezirke bedeutet also eine offensichtliche Verschlechterung des Dreiklassenwahlrechts, die noch weit über den jetzt bestehenden Zustand hinausreicht.

Auch der § 8 soll geändert werden, indem die sogenannte „Erhebung der Kulturtäger“ geordnet wird. Nach den Beschlüssen des schwarz-blauen Blocks sollen Wähler mit Abiturientenzeugnis, falls sie der dritten Wählerklasse angehören, in die zweite befördert werden. Das Herrenhaus beabsichtigt, außer den Abiturienten auch noch andere „Kulturtäger“ eine Stufe hinaufzudrücken zu lassen. Ob nun die Reichstagsabgeordneten und Stadtvorordneten oder nur die zivilversorgungsberechtigten Militärärzte dieser Ehre und Gnade teilhaftig werden sollen, steht noch dahin. Jedenfalls wird durch diese Abänderung erreicht werden, daß neue Privilegien geschaffen werden und daß das Wahlrecht, das ohnehin schon von dem Prinzip der Rechtsgleichheit um Striemen entfernt ist, nicht diesem Prinzip angenähert, sondern im Gegenteil noch ungleicher gemacht wird.

Wie weiter verlaute, beabsichtigt eine sehr einflussreiche Strömung auch noch eine dritte Veränderung vorzunehmen, die die beiden ersten an Bedeutung weitaus überragen würde. Es sollen künftige Wahlreformen unmöglich gemacht werden durch Aufnahme einer Bestimmung in die Verfassung, die jeder künftigen Verfassungsänderung nahezu unübersteigliche Schranken entgegenstellt. Wie das gemacht werden soll, ist noch nicht ganz klar. Wahrscheinlich beabsichtigt man, für die Gültigkeit von Verfassungsänderungen Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus zu verlangen. Dadurch wären — von revolutionären Möglichkeiten abgesehen — künftige Wahlreformen vollständig und ausschließlich in das Belieben der konservativen Partei gestellt.

Daß diese dritte Veränderung Aussicht hat, von der Regierung und den nichtkonservativen Parteien des Abgeordnetenhauses angenommen zu werden, glauben wir nicht. Weder das Zentrum noch die Nationalliberalen können zu einem derartigen Staatsstreich die Hand bieten und selbst die Bureauftritte wird sich nicht so auf ewige Zeiten der Junkerdictatur unterwerfen wollen. Die Sozialdemokratie würde geradezu gezwungen werden, als ihre bisherige Taktik aufzugeben und an ihre Stelle die Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz zu setzen. Nach dem Aufmarsch von Treptow dürfte aber bei den maßgebenden Stellen ebenso wenig Neigung zur übermütigen Provokation von Kraftproben vorhanden sein, wie in den Massen der Bevölkerung selbst. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien werden nicht auf Wunsch einiger alter Reitergeneräle den Bürgerkrieg entfesseln wollen.

So wenig also zunächst die von Scharfmacherischer Erbweisheit angestrebte Erschwerung künftiger Wahlreformen Aussicht hat, Erfolg zu werden, so wahrscheinlich ist, daß die beiden anderen Verschlechterungen der schwarz-blauen Blockreform im Herrenhause Annahme finden werden. Im Abgeordnetenhaus werden dann die Freikonservativen dem revivierten Kompromiß ihre Zustimmung geben. Es bedarf aber dann noch des Zutritts entweder der Nationalliberalen oder des Zentrums, um eine Mehrheit für die Vorlage des Herrenhauses zusammenzubringen. Ein Zustandekommen des Gesetzes ist nur auf zweierlei Weise möglich: Entweder das Zentrum läßt sich die verächtliche Behandlung, die es im Herrenhause erfährt, wie bisher auch weiter stillschweigend gefallen und unterwirft sich demütig auch den neuen volksfeindlichen Beschlüssen der Konservativen in der ersten Kammer. Oder aber das Zentrum tritt vom Kompromiß zurück, und die Nationalliberalen übernehmen an dem schwarz-blauen Wechselbalg unter gütiger Beihilfe des Herrenhauses an Zentrumsstelle die Vaterpflichten.

Die Wahlreform kann also nicht zustande kommen, ohne daß sich wenigstens eine der beiden Mittelparteien aufs neue schwer kompromittiert und der Sozialdemokratie neue Waffen gegen diese Parteien geliefert werden. Eine Wahlreform Heydebrand-Herold, durchgesehen und verbessert durch Mierbach und Wedel-Piesdorf, unterschrieben und genehmigt von Jedlich und Friedberg oder von Jedlich und Pösch kann unmöglich den „Nagelpunkt“ in dieser Frage bedeuten, den die Regierung mit hellem Verstand oder mit mentia Geschick zu erreichen bemüht ist.

### Geschäftsordnungs-Gewitter.

Sur selben Stunde fast, in der man sich im Herrenhause über die Kunst unterhielt, ein Königswort zu klären, ohne es zu brechen, entrüstete sich das preussische Abgeordnetenhaus über die mangelhafte Königsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Ströbel. Die Komödie war schon am Abend zuvor gespielt worden, aber da sie nicht recht geklappt hatte, wurde sie nun noch einmal aufgeführt, mit dem Ergebnis, daß das Kasino mindestens verdoppelt wurde. Es ist unzweifelhaft festgestellt, daß der Anstoß zu den Szenen vom Donnerstag Abend durch den Eisenbahnminister Dreilenbach gegeben wurde, der die Ausführungen des Genossen Beinert als Phrasen bezeichnete. Als Genosse Ströbel dem Minister das Wort zurück-

# Zur Kampf im Baugewerbe.

Der Tag der Entscheidung ist vorüber. Wo sich bisher Hunderttausende fleißiger Hände regten, wird nun Stille herrschen. Wer sich noch irgendwie der geheimen Hoffnung hingegen hat, die Bauunternehmer müßten in letzter Stunde doch noch das Fribole ihrer Handlungsweise einsehen, der steht sich arg enttäuscht. Mit einer geradezu beispiellosen Rücksichtslosigkeit sperren sie sich gegen alle Mahnungen ihrer eigenen bürgerlichen Klassengenossen, die nicht so verbissen sind, die schweren wirtschaftlichen Folgen des Kriesenkampfes zu verkennen. Die Bauunternehmer sind sich schließlich auch dieser Folgen nicht völlig unbewußt, aber für sie gilt es, ihren Machtgefühl zu befriedigen. Sie wollen die unumkehrbaren Herren im Hause sein, sie wollen den Absolutismus des Ausbeuteriums besitzigen, und marschieren auf dieses Ziel, unbekümmert, ob dabei Tausende und Abertausende Existenzen zugrunde gehen. So verhalten auch bei ihnen die Mahnungen aus bürgerlichem Lager. Wissen Sie doch, daß die Großbourgeois hinter Ihnen steht, bereit, sie mit ihren Millionen zu unterstützen. Sind sie doch Vorkämpfer eben dieser Großbourgeois in dem Bestreben, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu vernichten. Daß dem so ist, beweisen die Verhandeltage der Bauunternehmer, betreiben die Protokolle der Geheimhaltungen der Unternehmerverbände, die Unterstützungen der Industriellenverbände auf finanzielle Unterstützung und nicht zuletzt auch die internationalen Abmachungen der Bauunternehmer. Es wird hier mit voller Absicht ein Krieg entfesselt, dessen offen ausgesprochener Zweck die Vernichtung der Arbeiterorganisationen ist, um eine willenlose Masse zur rücksichtslosesten Ausbeutung in den Händen zu haben.

Das haben aber die deutschen Bauarbeiter erkannt, und nicht nur die Bauarbeiter, die gesamte deutsche Arbeiterschaft ist sich klar, daß es sich hier nicht nur um einen Kampf der Bauarbeiter dreht, sondern daß es hier um die Existenz der Gewerkschaften überhaupt geht. Die Bauarbeiter, als die mit am besten organisierte Arbeiterschaft, soll gewissermaßen das Versuchsanzeichen sein. Gelingt es, diese niederzumerzen, dann geht es mit Husa und Gallo über die übrigen her. Deshalb ist der gegenwärtige Kampf kein Kampf der Bauarbeiter allein, er ist ein Kampf der gesamten Arbeiterschaft gegen ein brutales, zu allem fähiges Ausbeuterium. Deshalb steht auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft geschlossen hinter den Bauarbeitern, gewillt, den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Die Unternehmerpresse kalkuliert ja schon frohlockend, daß die paar Millionen der Bauarbeiter halb aufgebraucht sein werden und die Arbeiter dann zu Kreuze kriechen müssen. Die Unternehmer werden sich aber vertaktulieren, sie ziehen nicht die gesamte Arbeiterschaft in Rechnung, die die Bauarbeiter sicher nicht im Etüde lassen wird. Und was die deutsche Arbeiterschaft an Opfern zu bringen imstande ist, das hat der Kriesenkampf in Schweden bewiesen. War dort schon die Opferfreudigkeit eine glänzende, so wird sie hier, wo es sich in ganz besonderer Maße um das eigene Interesse handelt, in noch hellerem Lichte erstrahlen. In der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft muß der freche Übermut der Bauunternehmer scheitern.

## Von der Aussperrung der Bauarbeiter in Deutschland liegende folgende Ortschaften vor:

- München.** Nach den bisherigen Feststellungen der Arbeiterorganisationen scheinen die Arbeiter in München in ihrer Aussperrung ein Hindernis zu stehen. Von 335 Unternehmern haben nur 117 ausgesperrt und zwar von 3252 Maurern sind 1009 ausgesperrt und von 5584 Hilfsarbeitern 2500. Von den Zimmerern sind 612 ausgesperrt.
- Strasburg i. E.** Die Aussperrung ist hier nicht in dem Umfange erfolgt, der allgemein erwartet wurde. Die nichtorganisierten Unternehmer lassen weiter arbeiten, auch auf den Baustellen der organisierten Unternehmer werden die Arbeiter weiter beschäftigt. Von den etwa 1200 Maurern sind nur annähernd 280 Mann ausgesperrt.
- Frankfurt a. M.** Der Schatzmeister Richter hatte ursprünglich den Versuch gemacht, auch die Dachdecker in die Aussperrung

hineinzuziehen, das ist ihm aber misslungen. Im übrigen ist es hier ein ganz offenes Geheimnis, daß eine große Anzahl der Unternehmer mit der durch die Arbeiter verursachten Aussperrung unzufrieden ist, darunter auch die Westfirma Westmann, die noch in letzter Stunde den Versuch gemacht hat, die Aussperrung zu umgehen. — Im Dachdeckerverband ist es gelungen, trotz der Aussperrung der Bauhandwerker mit den Unternehmern einen Tarif abzuschließen mit Höherer Vertragshauer und 4 Pf. Lohnsteigerung. Also ein ganz unerwarteter Erfolg!

**Randau i. Pfalz.** Hier haben die Bauunternehmer entgegen dem Beschluß ihres Verbandes ihre Arbeiter nicht ausgesperrt. Nur eine auswärtige Firma macht eine Ausnahme davon. In Rweil hat die n. haben es zwei große Firmen abgelehnt, sich an der Aussperrung zu beteiligen. Sonst ist die Aussperrung in der Pfalz allgemein.

**Regensburg.** Mittwoch hatte der Arbeitgeberverband die Aussperrung beschlossen. Dieser Beschluß ist am Freitag, den 15. April, wieder aufgehoben worden. Die Unternehmer sind zu der vernünftigen Einsicht gekommen, sich nicht an der Aussperrung zu beteiligen. Circa 100 Arbeiter wären von der Aussperrung betroffen worden.

**In Ostfriesland.** Hier hat die Aussperrung unter dem heftigsten Widerstande der kleinen Unternehmer erfolgt ist, hat die Aussperrung bisher den von den Führern des Arbeitgeberverbandes erwarteten Umfang bei weitem nicht angenommen. In Straßburg sind bis Sonnabend Abend ausgesperrt worden, 350 Maurer, 500 Hilfsarbeiter und 150 Zimmerer, im ganzen also etwa 1000 Personen, das sind ca. 40 Prozent der beschäftigten Arbeiter. In Wülshagen, wo im ganzen 500 Arbeiter ausgesperrt sind, ist das Prozentverhältnis annähernd dasselbe, ebenso in Colmar und in Metz.

**In Köln** sind etwa 2000 Bauarbeiter ausgesperrt, nämlich 50 Prozent der Maurer und 50 Prozent der Hilfsarbeiter. Die Mitteilungen der bürgerlichen Presse, die erheblich höhere Zahlen angeben, sind falsch.

**In Leipzig** ist nach neuerer Meldung die Aussperrung ebenfalls keine allgemeine. Gleichwohl ruht auf fast allen größeren Baustellen die Arbeit. Von den in Leipzig in Betracht kommenden 9500 Beschäftigten sind rund 4800 ausgesperrt, und zwar von 4500 Maurern 2500, von 1900 Zimmerern 1000 und von 9000 Hilfsarbeitern 1300. Das sind etwa 50 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten. Von den 9500 Bauarbeitern sind fast sämtliche organisiert und zwar 4500 bei den Maurern, davon 3600 in Leipzig selbst, die übrigen in Sachsen und Leipzig herum. Die Zimmerer sind ebenfalls fast alle organisiert und von den Hilfsarbeitern sind 2600 organisiert. Das „Leipziger Tageblatt“ meldet 7500 Aussperrte, jedenfalls in der Hoffnung, damit auf die Öffentlichkeit mehr Eindruck zu machen.

**In Brandenburg a. S.** belamten Freitag Abend 500 Bauarbeiter ihre Entlassung. Dresden. Die Aussperrung entspricht hier bei weitem nicht den Hoffnungen der Unternehmer. Von jula 1500 Maurern sind nur 700-800 ausgesperrt, von 1150 Zimmerern nur 670. Unter den Firmen, die nicht aussperrten, befinden sich auch viele Mitglieder der Bauunternehmerorganisation. Auch die Materialwerke kann nicht hätte durchgeföhrt werden, weil die Unternehmer und Lieferanten sich hinter Streikmänner stellen.

**Mainz.** 1200 Maurer und Bauhilfsarbeiter wurden ausgesperrt. Da auch ein städtisches Unternehmen, der Theaterumbau, in Willkürhaftigkeit gezogen worden ist, so ist die Stadterhaltung in arger Verlegenheit, weil sie die Warnung anderer Genossen im Stadtrat überhöhte und mit dem Bauunternehmer einen Vertrag schloß, der ihn bei einer Aussperrung seiner Verbindlichkeiten entbehrte, während die Stadt dem Theaterdirektor Vehrens gegenüber erpöcklich bleibt, wenn die Eröffnung der Bühne am 1. November d. J. nicht stattfinden kann. In langen Kommissionsitzungen sind die Herren nun dahin übereingekommen, sich dadurch aus der Patsche zu ziehen, indem sie den Bau mit den selbigen Arbeitern in Selbstregie übernehmen wollen. Da aber der Bauunternehmer darauf nicht eingehen wollte, ohne sich vorher mit dem Unternehmerverband ins Einvernehmen gesetzt zu haben, so sind Unterhandlungen mit dem Vorstände dieses Verbandes in Berlin angeknüpft worden.

**Köln a. Rh.** Der sozialdemokratische Verein beschloß, einen Antrag an die Stadterhaltung zu stellen, daß den Bauunternehmern keinerlei Aufträge bei der Fortführung der städtischen Bauten gewährt werden solle und daß die Bauten eventuell in eigener Regie fertiggestellt werden sollen.

**Gilbesheim.** Die Aussperrung ist auf 14 Tage hinausgeschoben.

**Bremerhaven.** In den Unterwertern ist die Aussperrung völlig misglückt. Von 800 beschäftigten Bauarbeitern sind 120 ausgesperrt.

**Berlin.** Der Vorstand der Unternehmerorganisation soll beschlossen haben, von einem prinzipiell ablehnenden Standpunkt in Bezug auf die Affordarbeit abzugehen und sich auch gegen eine später vorzunehmende Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu sträuben, dagegen soll er beschlossen haben, eine Erhöhung des Stundenlohnes von 75 auf 83 Pf. strikte abzulehnen.

**Frankfurt a. M.** Nach neuer Feststellung beträgt die Zahl der Aussperrten 1200.

**Osnabrück a. W.** Hier ist die Aussperrung so gut wie vollständig. Von insgesamt 1000 Beschäftigten sind ausgesperrt rund 500 Maurer, 550 Hilfsarbeiter und 50 Zimmerer.

Die Unternehmer in Berlin beufen zum 22. eine neue Generalversammlung ein, in der über die Tarif-Verhandlungen Bericht erstattet werden soll. Ferner soll eine Beschlußfassung über folgende Entscheidung getroffen werden:

„Soll die von dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angeordnete Schließung aller Betriebe auch im Bezirke des Berliner Verbandes durchgeföhrt werden? Oder sollen auf der Grundlage des bisherigen Tarifvertrages und nach Maßgabe des Ergebnisses der letzten Verhandlungen neue Tarif-Verträge mit den Organisationen der Arbeiter abgeschlossen werden? Ferner soll Beschluß gefaßt werden über die Stellung des Berliner Verbandes zu dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Diese General-Versammlung wird entscheidend sein, ob im Berliner Baugewerbe Krieg oder Frieden sein wird.“

Von der Zentraleitung des Bauarbeiterverbandes wird mitgeteilt: Bisher sind Aussperrungen in 120 Orten gemeldet. Es fehlen aber noch die Nachrichten aus dem Süden des Reiches. Das Gesamtbild gestaltet sich wie folgt: In Hannover, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg sind die Arbeiter ziemlich vollständig ausgesperrt, in Schleswig-Holstein nur etwa zur Hälfte, in Pommern ein kleiner Teil und ebenso in der Provinz Brandenburg. Der Osten und die Provinz Schlesien sind bisher an der Aussperrung wenig beteiligt. Aus dem Süden und Westen gingen wenig Nachrichten ein, doch sind umfangreiche Aussperrungen sicher.

Die Denkschrift über die Tarifbewegung im deutschen Baugewerbe im Jahre 1910, die von den vier beteiligten baugewerblichen Zentralverbänden der Arbeiter herausgegeben ist, werden wir noch in einem besonderen Artikel besprechen.

(Siehe auch Dresdener Nachrichten.)

## Politische Uebersicht.

**Konfessionelles Gezänk.** Das Abgeordnetenhaus begann am Sonnabend die zweite Lesung des Kultusetzes. Die Debatte leitete wie seit vielen Jahren so auch diesmal der alte Zentrumsmann Dittrich, ein weipreussischer Kaplan, der alljährlich sein Sprüchlein über die verfolgte katholische Kirche und die zunehmende Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend herunterzulagen hat. Er tat es auch diesmal reichlich lang und langweilig und wußte als einzigen Beweis für seine Behauptung, die katholische Kirche werde unterdrückt, nur die eine Tatsache anzuföhren, daß in Ostpreußen ein Landrat die Abhaltung eines öffentlichen Gottesdienstes unter freiem Himmel von seiner Genehmigung abhängig gemacht hat. Dabei handelt der Landrat doch hier lediglich nach einer Vorschrift des Reichsvertragesgesetzes. Im übrigen priet der Redner die Verdienste der katholischen Kirche auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und bezeichnete schwärmerisch den Religionsunterricht als die Sonne der Schule, die alle Lehrgegenstände gleichermaßen durchstrahlen müsse. Schauernd sprach er von der religionslosen Schule, die die besten Anlagen vernichte, und führte die Siege bei Königgrätz und 1870 zurück auf die größere Bedeutung, die früher der Religionsunterricht in der Schule eingenommen habe. Dann wandte er sich gegen die Rede, die am Tage vorher der Oberlandesgerichtspräsident Hamm im Herrenhaus gegen das Zentrum gehalten hatte, und verwahrte sich mit heiliger Entrüstung gegen den allerdings komischen Vorwurf, im Zentrum säßen auch Sozialisten. Von welchem Geiste die Dittrichsche Rede getragen war, bewies das Wort des Frh. v. Zedlitz, seine Forderungen würden uns um ein Menschenalter zurückschrauben. Schließlich sprach noch der jungliberale Dr. Maurer, der mit anerkennenswerter Schärfe sich gegen die furchtbare Härte wandte, die darin liegt, daß man die Kinder von Dissidenten zur Teilnahme an dem Religionsunterricht zwingt. Im übrigen will er den Religionsunterricht in der Schule zwar nicht ganz vermeiden, aber ihn doch wesentlich einschränken und ihn am liebsten der Kirche selbst überlassen. Am Montag wird die Beratung fortgesetzt.

**Die Altenerburger Landtagswahlen** haben uns noch einen weiteren Sieg gebracht. Die Wahl im 4. sächsischen Wahlkreise ergab die Wahl des Sozialdemokraten Rößler mit 1484 gegen 1426 Stimmen, die der Kandidat

# Roland von Berlin.

Roman von Wilhelm Alexis (H. Garing)

Unsere Chroniken sagen uns sehr wenig, warum die Leute auf einen Ball sich unterhalten, als man in Berlin zählt die Jahrhundertweihnachtsfeier. Seit der Geburt des Herrn. Doch weiß man, daß die Herzen der jungen Frauen auch Kräftigkeiten lagern, als wie es jetzt geschieht; nur können sie andere. Und wo jetzt die Damen erdten würden, da können sie dasmal den Sängern ins Gesicht, und wollen sie oft ausschreiten, wenn einer etwas recht Lustiges gesprochen hat. Auch gab es schon damals alte Herzen, die noch jung sein wollten, und sehr stolz die keine Freiheit und den Gais verließen, wenn sie ein Mädchen zum Tanz führten, worüber denn die andern Mädchen sein lüchelten hinter ihrem Rücken. Und eben desgleichen Jungfrauen, die schon über die Jahre hinaus waren, und unter den Jüngern lüchelten wollten, worüber denn die Herzen mit gar brülligen Gesichtern ihre Bemerkungen den jungen Mädchen zuzischelten, die dann eben desgleichen trüber lachten.

Die älteren Frauen aber sahen in großer Würdigkeit um den schwachen Mann, angehen mit schweren weiten Kleidern, mit Haufen und Kränzen und Reigenen, und sprachen sehr viel miteinander; und noch mehr verließen sie mit ihren Augen ihre Lächler, wie sie lachten und machten frohe und erhabene Gesicht, je wie die Lächler mit einem Lächeln, der ihnen gefiel oder nicht gefiel.

„Aber aber gefiel es wenig, daß die Eheherren heut von nicht zu sprechen und zu denken wußten, als dem Vorfall am Sonntag, und meinten, es hätte sich wenig für Herrn vom Rote, am des Schicksal der Leute auf der Gasse sich zu kümmern Sie behielten sehr den Worten Herrn Pamel Strubach, der den Wandel zu Hause liegen mußte; und desgleichen, daß der gute Herr Johannes Kuisen so viel Schimpf auf seinen Beinen ausprechen wußten.“

„Ja, ja, das kommt davon!“ sagte die eine.

„Und wie der Elms Eisenberg nicht gesehen, der Herr Pamel, heute die Lächler, als wäre ihm noch schmerzlicher.“

„Ja, ja, wie sagt Herr Kuisen!“ sagte Frau Elisabeth Bergheim, und lachte sich auf, und drei oder vier lachten mit ihr.

„Das war doch sehr schön, er hat!“ sagte Frau Anna Pamel, Kuisen, des Johannes Eisenberg, und lachten sie alle in den schmerzlichen Gesichtern der Stadt Berlin.

wie man es an den Goldschöpfen ihres Nieders und den Schäumen um ihren Hals sehen konnte.

„Und es wird immer schlimmer“, sprach Frau Elisabeth Bergheime.

„Darin stimmt ihr fünf und sechs bei. Die eine erzählte, was der fünfzig Jahren das Hund Honig gegollten, und wie das Jahr um Jahr aufgeschlagen hätte. Eine andere wußte, daß noch vor zwanzig Jahren kein Reiterreit sich unterziehen dürfen. Manne glückseligen zu tragen. Eine dritte meinte, die Reiterreit hätten immer magerer vom Lande, weil bei den Pferden und kleinen Reuten keine Gottesfürst sei. Jeder denke nur an sich und nicht an seiner Herrschaft Vorteil.“

„Das wird ihnen wohl gefehlt!“ meinte die Bergheime, „daß das Volk aufhörte zu sein, und Gott und Obrigkeit nicht gehorcht!“ wozu Frau Anna Pamel höchstbedächtig mit dem Kopf nickte und sprach: „Weicherer Tod mir ausfüßen, selbiger Tod mich nicht, wenn er fruchtbar.“ Der sich mit dem Volke einmal gemacht wußt, der kann nicht das andere Mal sagen: „Nicht mit nicht an.“

„So nicht die Bergheime aus Köln mit einem sehr kleinen Bild: Als bei den Rotes des Regiment war in Berlin, stand es anders.“

„Wäre mindestens nicht“, sprach Frau Pamel fort, „daß sie in Gott stehen über dem weiten Feldern jemalen mit der Gemeinchen unter einer Zelle gepiekt, daß sie brum in Schmach und Schanden abgeben wußten, und aus dem Tor ziehen und Gott danken, als auf ihr Gesicht der Rat wieder Frieden mit ihnen schloß und sie heimzuführen durften, wie verlorene Söhne.“

„Warum das nicht, wußten alle, und sie lachten sich vorfreudig um, es keiner von den Rathenones und ihren Freunden in der Höhe stand.“

„Frau Poppelrade schloß die Hände über dem Kopf: Ja, das war eine große Dürftigkeit zu Tule Brandenburgs Zeiten.“

„Das wußten die Geschlechter ausschließen!“ sprach eine andere.

„Das Tule Frau, und des Albert Kathenons keine, als ich mir habe sagen lassen, tragen alle, wie keine Königin sie trägt.“

„Und zu ihren Banden luden sie gemeine Bürgerkamen“, sprach eine dritte ein.

„Auf zu was die Männer luden konnten! Aber so sind sie Männer!“

„Sie wußten nicht mehr haben.“

„Was, wie haben die Schenkung gesehen auf dem neuen Markt“, sprach Frau Bergheime ein. „Lassen schenken das nicht.“

die leben. Der Schatzrichter trug nen Scharlachmantel, und des Tule Sohn, wie er auf den Sandhaufen niederhielt, war weiß wie ein Leigentuch.“

„Gehmut und Ungerechtigkeit dauern immer“, sprach die Poppelrade.

„Aber Sünde erbt fort, und Kind und Kindeskind muß büßen für den Fehl der Eltern“, sagte mit Salbung Frau Anna Pamel. „Gott und seine Heiligen wissen's, wir haben gewiß nichts gegen die Rathenones. Denn der Vater Matthäus hat sich wieder betragen mit dem Rote, und kam mit Eren unter die Erde. Und auch der Herr Johannes ist kein schlechter Mann, und der Rat muß gewußt haben was er tat, als er ihn zum Bürgermeister wählte, und der Rat hat's allein zu vertreten, was er getan, sagt mein Mann.“

„Es gab doch Geschlechter genug, deren Väter nicht den Frieden brachen mit der Stadt, die nicht auszutreten mußten mit Schimpf und Schande, und nicht wiederkehren, ich weiß nicht wie“, sprach die Poppelrade und warf sich in die Brust.

„Und nun hält er sich wohl zu gut für uns“, sprach die Bergheime.

„Der gute Herr Wans tut mir leid“, sagte eine andere. „Götte sich's wohl nicht träumen lassen, daß es seiner Wohlweisheit hier nicht gefallen würde.“

„Auf nun kann er warten, wenn er ein Bonnet gibt“, rief Frau Bergheime. „Wer wird zu ihm gehen, wenn er nicht zu uns kommt!“

„Schau mir einer“, sagte eine Matrone, „wie das junge Volk auf die Jungfer Eigelbe gafft. Es ist doch läßlich von einer Weisheit, daß er uns wenigstens die Tochter schickt: die ist gut genug für uns.“

„Es was“, sprach Frau Poppelrade, „das gnädige Frau sein wird sich auch schiden lassen! Der Vater muß ja noch über Preise kochen. Ist ein liebes Kind, ein schändes Kind, aber was zu arg ist. Ist zu arg. Würde mir, wenn ich Herr Johannes wäre, das nicht gefallen lassen. Es bringt ihn ja um Ehr und Ansehen in Haus und Stadt.“

„Der nicht im Haus des Regiment hat, wie mag er's in der Stadt führen“, sagte eine andere.

„Die Mutter war eine Liebwerte Frau“, sagte Frau Pamel, „meine liebe Freundin. Gott habe sie selig.“

„Man kann wohl sagen, die nahm der Herr in seiner Gnade zu sich, daß sie das nicht mehr mit Augen sehen sollte“, sprach eine andere Frau.

„Ja, ja!“ sprach den Bild zu Boden, die Poppelrade. „Der Herr läßt manchen mit Mühseligkeit. Aber der alte Herr Schenke hat doch noch recht recht.“





Deutscher Reichstag.

64. Sitzung, Freitag, den 18. April, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische v. Vermuth, v. Rhein...

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des...

Abg. Fischer (Soz., zur Geschäftsordnung): Wir werden...

Präsident Graf Schwerin-Kulow bittet bei der Diskussion...

Abg. Cuno (Fortschritt, Volksp., zur Geschäftsordnung):...

Präsident Graf Schwerin: Ich bitte ja auch nur, Gr...

Reichsfinanzsekretär Vermuth skizziert kurz den Entwurf...

Abg. Graf Westarp (kons.) begrüßt den Entwurf und...

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Der populäre Gedanke der...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

läßt.) Redner betont noch die Notwendigkeit gründlicher Be...

Reichsfinanzsekretär Vermuth bittet um schnelle Erledigung...

Abg. Haab (Wirtschaftl. Vgg.) freut sich über die Steuer...

Abg. Bletsch (Soz.): Wir schließen uns dem Wunsche der...

Unverständlich ist es, daß die Erbschafts- und der Wert...

Den dem obigen Privileg der Wertzuwachssteuer hat man...

Partei freudig Südekum hat schon gesprochen. Von selbst...

einmal kleinen Bundesstaates, an den angelehnt der Steuerhöhe...

auf seine Steuerfreiheit doch zu verzichten, hat zu verstehen...

Die Privatkapitalisation, die hier getroffen werden soll, wird...

überlassen hat, nur gefördert. Diese für die Volksgesundheit...

unentbehrlichen Maßnahmen hätten den Kommunen nicht ent...

zogen werden dürfen. Und wenn der Minister nun erklärt, es...

bleiben ja noch „beträchtliche Teile“ übrig, so erinnert das an...

den Mann, der einem anderen die Ohren abgehauen hat, und...

ihn damit vertreibt, daß er ihm ja die Nase noch gelassen...

hat. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.)

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

Der indirekten Wertzuwachssteuer würden wie eine direkte...

teils der Gemeinden nicht nur zugelassen, sondern prinzipiell be...

Reichsfinanzsekretär Vermuth: Die Vorlage entspricht mehr...

schon geäußerten Wünschen des Reichstages und weiter Bevölkerungs...

kreise. Wir hoffen, daß den Gemeinden das Besteuerungsrecht schon...

zum 1. April hätte eingeräumt sein können und hatten die Beträge...

schon bereitgestellt. Wenn die Herren aber noch nicht in der Geber...

lung sind, so werden wir diese Beträge nicht betrachten wieder in die...

Tasche stecken. (Große Heiterkeit.) Das Gesetz entspricht einem...

praktischen Bedürfnis. Staatsrechtliche Bedenken liegen nicht vor.

Abg. Hühorn (Vpt.): Seit 25 Jahren verlangen wir dies...

Gesetz im Interesse der Gemeinden. Auf Einzelheiten werden wir in...

der Kommission eingehen. Bedenklich ist jedenfalls die Befreiung der...

Militärpfeife- und ähnlicher Anstalten, sie machen dem Mittelstand...

Konkurrenz, ihre Befreiung ist ganz unberechtigt.

Abg. Dr. Feinze (Nat.) erklärt die grundsätzliche Zustim...

mung seiner Freunde und beantragt Überweisung an die Budget-

kommission.

Abg. Gummel (Soz.): Die Steuerpflicht des Reiches muß...

selbstverständlich vom Reich selbst festgelegt werden. Diese Fest-

setzung aber muß den praktischen Bedürfnissen der Gemeinde Rech-

nung tragen. In dieser Richtung läßt es der gegenwärtige Entwurf...

an Notwendigkeiten fehlen. Vor allem nimmt er nicht Rücksicht auf...

die ungleiche Verteilung der Betriebe auf das Reich und regelt die...

Steuerpflicht des Reiches nur ganz schematisch.

Wie schwer durch die Reichsbetriebe die Gemeinden belastet...

werden, zeigt u. a. das Beispiel von Hildesheim. Dort sind...

302 Schulkindern vorhanden, deren Eltern in den Eisenbahnbetrie...

ben von Rülhhausen beschäftigt sind. In den Kasern der Gemeinde trägt...

das Reich aber nichts bei. Es ist nicht mehr als billig, daß diese...

Staatsbetriebe in gleichem Umfange zu den Gemeindeforderungen heran-

gezogen werden wie die Privatbetriebe. (Sehr richtig! bei den...

Soz.) In der Kommission müssen diese Dinge so geregelt werden,

daß man in Zukunft nicht mehr von der Dredbergetriebe des Reiches...

sprechen darf.

Besonders ist hier noch zu betonen, daß die Offiziere von...

den Kommunalsteuern befreit sind, obwohl sie die kommunalen Ein-

richtungen in Anspruch nehmen wie jeder andere. Anstatt nun diese...

ganz unverständliche Steuerfreiheit der vom Reich Angehörigen...

zu beseitigen, soll sie noch erweitert werden, indem Offiziers-

weisanstalten und Kasinos der Steuerpflicht entzogen...

werden sollen. Jeder Arbeiter, der ein Einkommen von 900 Mk. hat,

wird zu den Gemeindeforderungen herangezogen. Hochgeleitete Offiziere...

aber nicht. Ein solcher Zustand ist ganz unhaltbar und muß unbe-

dingt geändert werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf Einzelheiten...

wird in der Kommission eingegangen sein. Aber schon hier betone ich,

Breslauer Schauspielhaus.

„Der Weiberfeind“, Operette von Buchbinder, Musik von Alfred Kieger. (Zum 1. Male).

Am Sonnabend, wo es draußen bereits nach dem Frühling...

Die armen Mitglieder des Schauspielhauses quälten sich...

Stadt-Theater.

„Der Prophet“, Oper von Scriba; Musik von Meyerbeer.

Der Theaterzettel der Lisaffäden verschwieg verschämt die...

in der besten Disposition, sogar Fr. Kemp, die sich durch Pa-

Aus aller Welt.

Der Brand von Böhmenkirch. Unvorstellig furchtbare...

Am Ministertisch: v. Breitenbach. Hundsch ist die Novelle zum Gesetz, betreffend das Staats...

Darauf wird die zweite Lesung des Eisenbahnetats fortgesetzt. Eine große Reihe von Abgeordneten bringt Wünsche vor auf...

Damit ist der Eisenbahnetat erledigt. Es folgt der Antikubetakt.

Abg. Dr. Dietrich (Zentrum): Als Herr Gerold bei der ersten Lesung unseren altbekannten Standpunkt zu der Verhandlung der Schulangelegenheiten darlegte, sah man merkwürdigerweise...

Abg. Dr. Goerke (natl.): Leichtfertige Verdächtigungen, wie sie Herr Stolle vorgebracht hat, das ist überhaupt die Art der Sozialdemokratie...

Die Diskussion schließt. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Es folgt die erste Lesung der Fernspreckgebrechtsordnung.

Staatssekretär Dr. Bruns: Der Entwurf gelangte im vorigen Jahre nicht zur Verabschiedung. Er wurde so ziemlich von allen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, mindestens nicht unheimlich begrüßt...

nichtig! wir gehen) oder deshalb wollen wir nicht streiten. Zumal bei den Soz.: Das glauben wir. Das diese 23 Millionen neu gewährt werden sollen, widerspricht dem Grundgesetz...

Abg. Dr. Goerke (natl.): Das große Summen zu Unrecht in die Taschen von Pflanzern und Gesellschaften gestossen sind, kann ich nicht glauben. Auch glaube ich nicht, daß die Heberhebung eine erhebliche ist...

Staatssekretär Dernburg: Ich glaube, mit den 23,7 Millionen Mark wird man auskommen. Schon der Reichschatzsekretär Reichert v. Sienel sagte, es würde eine Mehrforderung von vielleicht 30 Millionen nötig werden...

Abg. Stolle (Soz.): Immerhin ist es eine gewisse Bemerkung, daß die Reichsregierung endlich das Bedürfnis der Rechnungslegung empfand. Allerdings ist diese Rechnungslegung alle anders als genau und eingehend...

Abg. Goerke (natl.): Es ist bedauerlich, daß der sonst so sympathische Kollege Stolle sich dieses Mal verkannt hat. Zustimmung v. d. Obersten und rechts. Der Vorschlag Erzberger ist im Prinzip nicht übel.

Abg. Erzberger (Zentrum): Der Kollege Stolle hat seine Angriffe gewiß in gutem Glauben vorgebracht. Er hat aber wohl eine Verwechslung begangen, die ihm bei genügender Information nicht passiert wäre.

Abg. Stolle (Soz.): In der Bearbeitung des Entwurfs selbst heißt es: Bei dem größten Teil der Ausgaben hat eine sachliche Prüfung der Belege vor der Verwendung nicht stattgefunden. Wenn in dieser Weise im Schatzgeheim verfahren wird, wenn eine Prüfung bei der Forderung nicht stattgefunden hat, ist es dann ein Unrecht, daß ich darauf dringe, daß nicht durch Skandale gepufft wird...

Abg. Dr. Goerke (natl.): Leichtfertige Verdächtigungen, wie sie Herr Stolle vorgebracht hat, das ist überhaupt die Art der Sozialdemokratie. (Zuruf h. d. Soz.: Die Art ihres Reichsvertrages.) Die Diskussion schließt. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Die Diskussion schließt. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Es folgt die erste Lesung der Fernspreckgebrechtsordnung. Staatssekretär Dr. Bruns: Der Entwurf gelangte im vorigen Jahre nicht zur Verabschiedung...

Die Leiche Dr. Delbrück gebauet. Die Leiche des Reichstagsabgeordneten Dr. Delbrück, der am 3. April bei Zagatz mit dem Ballon „Pommern“ verunglückte, ist am Sonntag vormittag endlich geborgen worden. Ein Telegramm aus Zagatz meldet darüber: Der Taucher Punkt, der seit mehreren Tagen an der Unglücksstätte des Ballons „Pommern“ arbeitete, schickte morgens kurz nach 10 Uhr die Leiche des Abgeordneten Dr. Delbrück...

Ein neue Balkonkassette. Wie die „Bresl. N.-N.“ melden, ist der Ballon „Delitzsch“, der am Sonnabend in Wittenfeld zu einer Nachschau angeschlossen war, bei Reichenbach in ein Gewitter geraten und wurde vom Blitz getroffen. Die vier Passagiere waren sofort tot. Es waren die Herren Lust, von der Versicherungsgesellschaft Kaufmann Leuchterring aus Wittenfeld, sowie Amtsrat Dr. G. S. S. und Kaufmann Graupner, die beiden letzteren aus Leipzig.

den alten Mann ermorde zu haben, richtete sich nun auf das kranke Ehepaar, das verhaftet wurde und in der nächsten Zeit nach Frankfurt a. O. übergeführt werden soll. Neues von Frau von Schönebeck. Die Reichstagskammer des Landgerichts Altenheim hat gegen die frühere Frau von Schönebeck das Hauptverfahren wegen Anstiftung zum Mord und zum taktischen Angriff auf einen Vorgesetzten vor dem Schwurgericht Altenheim eröffnet. Von den H. M. Wagn-Perlin und Salzmann-Altenheim sind mehrere Beweisanträge gestellt worden, u. a. auf Ladung des früheren Kriegsministers von Einem und des Kriminalkommissars Dannonowski. Der letztere ist bekanntlich derjenige, der den Hauptmann v. Goeben zu dem Gefährnis veranlaßt hatte und zwar insbesondere dadurch, daß er in dem Den des Hauptmanns verkehrte Worte in Form einer Platte fand und außerdem feststellte, daß der Schuss von einem Singshänder abgegeben worden war, was den Verhafteten in Altemheim völlig entgingen war.

Ein neuerlicher Mord. Die Pariser Blätter berichten, daß in der Nähe des Dorfes Niemirou neun Arbeiter in einem der dortigen Juckerfabrik auf dem Heimwege von der Arbeit von bewaffneten Banditen ermordet und ihrer Verhaftung beraubt worden. Neun Wunden befanden sich mit ihrem Lebn, den sie erhalten hatten, auf dem Gehirn, als sie von sieben Männern überfallen wurden. Es gelang nur einer Arbeiterin, in der Dunkelheit zu entkommen. Sie begab sich in die Wohnung ihrer Schwelger, bei der sie in Quartier fand und legte sich sofort zur Ruhe. Einige Zeit später kam ihr Schwager mit blutbesetzten Kleidern nach Hause. Das Mädchen hörte aus dem Gespräch, das sie zwischen ihrer Schwelger und ihrem Schwager entkam, daß der Mann zu den Mördern gehörte, die ihre Arbeitsgenossen überfallen haben. Sie war zutiefst wie die beiden verkehrten, auch das letzte entkommene Opfer zu ermorden. Es gelang der Arbeiterin, sich im letzten Moment, eben als der Schwager in ihr Zimmer eintraten wollte, durch Fenster zu flüchten. Sie benutzte die den Dorfvorsteher von dem Geschehenen und ließ sofort die Gendarmerie alarmieren, die den Schwager und auch die übrigen Mörder verhaftete.

Zwei Personen von einem Rangierzug getötet. Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich Sonnabend nachmittag auf dem Betriebsbahnhof Sigmaringen-Kreuzfeld. Zwei Kohlenarbeiter waren auf einer Kohlenrampe damit beschäftigt, einen Kohlenwagen zu kippen, als plötzlich von hinten ein Rangierwagen, der auf die Kohlenrampe geraten war, sie mit voller Wucht gegen den Kohlenwagen drückte. Beide Arbeiter wurden getötet und sofort getötet. Das Unglück wurde dadurch verursacht, daß eine Last, die jenseit der Kohlenrampe stand und deren Befahren durch Rangierwagen verboten, gestürzt wurde. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß die Arbeiter entgegen der Vorschrift einen beladenen Wagen abrollten, indem sie sich gegen die Puffer schürten.

Pfarrer und Pfarrerskinder. Wie wir schonzeit gemeldet haben, ist der Pfarrer Scherer aus Albersdorf bei Traunstein, der sich wegen Diebstahls in Untersuchung befand, jedoch nachwiegend an freierem Fuß belassen werden war, nach Kempten zurückgekehrt, nachdem er das gerichtliche Erkenntnis eines außerordentlichen Urteils nicht hatte. Der Pfarrer hat mit seiner Ehefrau Maria Scherer ein Verhältnis, das er seit langem mit der Ehefrau Scherer in einem Scheineheverhältnis gegen eine monatliche Pension von 100 Mark unterhalten hat. Der Pfarrer hat sich mit seiner Ehefrau Maria Scherer ein Verhältnis, das er seit langem mit der Ehefrau Scherer in einem Scheineheverhältnis gegen eine monatliche Pension von 100 Mark unterhalten hat.

der ganzen Zentrumsfraktion. Was soll man da sagen zu einer Aeußerung, die gestern im Herrenhaus gefallen sein soll von dem Kronprinzen Dr. Hamm: Im Zentrum sitzen neben Aristokraten, dem Bunde der Landwirte und dem Mittelstand auch Sozialisten. (Lachen im Zentrum, Heiterkeit bei den Soz.) Namens der Zentrumsfraktion protestiere ich gegen eine solche Anschuldigung. (Bravo! im Zentrum. Zuruf bei den Soz.: Wir auch! Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Böttich (Freikons.): Die Religionsfreiheit ist in Preußen in vollem Umfange gewahrt. (Lachen im Zentrum.) Der Herr Vorredner hat mir einen Fall dagegen vorgebracht, andere Beschwerden liegen also jedenfalls nicht vor. (Widerpruch im Zentrum. Zuruf: abwarten!) Die Bestimmungen über Ordensniederlassungen beruhen auf einem Pakt, der abgeschlossen ist bei Beendigung des Kulturkampfes. (Sehr. Widerspruch im Zentr.) Wer daran rüttelt, will nicht den Staatsbürgerlichen Frieden. (Oh! im Zentrum.) In evangelischen Kreisen herrscht vielfach die Auffassung, daß die Orden nur zum Schein karitativen Zwecken, in Wahrheit aber der Propaganda dienen. (Unruhe im Zentr.) Ich schließe mich dieser Auffassung nicht an, aber sie ist vorhanden. Was die Schule anbelangt, so ist die Forderung, daß die Religion im Mittelpunkt des Unterrichts stehen soll, in den preussischen Volksschulen verwirklicht. Wenn das richtig ist, dann sind auch die Bestimmungen über Schulaufsicht nicht unvereinbar mit scholastischen Prinzipien. Die Forderung des Herrn Dietrich würde uns ein Menschenalter zurückführen. Was die organischen Fragen des Staats anbelangt, so wäre ein selbständiges Unterrichtsministerium die beste Lösung. Da aber unter den jetzigen Verhältnissen nicht zu denken ist, werden wir uns mit der Vereinigung des Elementar- und höheren Unterrichts unter einer Leitung begnügen müssen. Die Abtrennung der Religionsabteilung von dem Kultusministerium ist seit langem unser Ziel gewesen. Ich begrüße es, daß der Herr Minister offenbar den größten Teil seiner Kraft der Unterrichtsverwaltung widmen will, auf der die Zukunft unseres Landes beruht. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Maurer (natl.): Wir betrachten die Schule als eine rein staatliche Angelegenheit. Die Religion muß natürlich im Zusammenhang mit den Vertretern der betreffenden Konfessionen geleitet werden, aber damit hebt der Einfluss der Kirche auf die Schule auf. Den rechten Wert würde der Religionsunterricht erst gewinnen, wenn man ihn der Kirche überläßt. (Sehr richtig! links.) Eine furchtbare Katastrophe ist es, wenn man Kinder von Dissidenten zwingt, dem Religionsunterricht einer bestimmten Konfession beizuwohnen. Dieser Religionsunterricht ist absolut wertlos, da das in der Schule Gelernte unmittelbar nachher von den Eltern wieder aufgehoben wird. Da wir die Staatschule fordern, sind wir nicht für die geistliche Schulaufsicht, sondern für Sachaufsicht. (Bravo! bei den Natl.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr. Schluß 3 1/2 Uhr.

Abendigung, Freitag, 15. April, 7 1/2 Uhr. Am Ministertisch: Kommissare. Präsident v. Köster eröffnet die Sitzung.

Die zweite Lesung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt.

Abg. Gantert (Vpt.) bespricht das Mülheimer Eisenbahngesetz. Das Hanssignal soll dort keine gute Lage gehabt haben.

Abg. Marx (Ztr.): Die Ausführungen des Ministers über das Mülheimer Eisenbahngesetz befriedigen mich auch nicht. Die Mülheimer Eisenbahnanlage ist unübersichtlich. Der Sanitätszug aus Köln kam zu spät.

Abg. Beyer-Dorimund: Durch die Vorschrift, daß die Lokomotivführer keine Verlobung haben dürfen, wird dieses Personal oft in große Angst versetzt.

Ein Petition des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die die Arbeitsverhältnisse in den Waggon- und Lokomotivfabriken betrifft, wird der Regierung als Material übergeben.

Die Debatte über die einmaligen außerordentlichen Ausgaben werden zunächst ausgefüllt mit einer Auseinandersetzung über die zweckmäßigste Förderung der Ueberlandzentralen.

Die Abg. Graf Moltke (st.) und Hoff (Vpt.) wünschen Besserung der Bahnhofsverhältnisse in Pommern und Neumark. Die weitere Debatte brachte lokale Wünsche für die Eisenbahndirektionsbezirke Altona, Berlin, Breslau und Bromberg.

der Pfarrer angeknüpft hatte, daß dieser nicht der Vater des Kindes sei. Später gestand die Trauliche, daß sie einen Meineid geflüstert und Pfarrer Scherer sie dazu angeklipft hatte. Sie sollte sich vor dem Schwurgericht verantworten. Nun ist die Trauliche ebenfalls durchgebrannt, da sie sich nicht in Untersuchungshaft befand.

Dreimal zum Tode verurteilt. Das Reichsgericht hatte zweimal das Todesurteil gegen den Glasbläser Luz aus Friedersdorf aufgehoben. Sonnabendabend wurde der Angeklagte in Erfurt zum dritten Male zum Tode verurteilt. Er wurde schuldig befunden, den Fortkaufseher Walther erschossen und einen Wilddiebstahl an Forst Beehren ausgeführt zu haben. Das Schwurgericht verurteilte ihn außerdem noch zu drei Jahren Zuchthaus.

Ein Familiendrama. In der Brüsseler Vorstadt Anderlecht ereignete sich vergangene Nacht ein Familiendrama. Der 17jährige Sohn einer Arbeiterfamilie, welcher wegen Geistesgestörtheit bereits seit einiger Zeit in einer Anstalt untergebracht war, aus welcher er gestern entlassen wurde, machte seinen Eltern schreckhafte Vorwürfe und ernüchterte sich unter Vorwürfen aus der Wohnung. Nachts begab er sich in die Wohnung zurück; als die Eltern schliefen, feuerte er zwei Revolvergeschosse auf sie ab. Die Mutter wurde sofort getötet, während der Vater schwer verletzt wurde. Der Mörder flüchtete. Er hinterließ einen Zettel mit den Worten, daß er sich das Leben nehmen wolle.

Der Wirbelsturm in Mourmelon. Ueber den Wirbelsturm, der am Freitag große Verwüstungen im Lager von Châlons angerichtet hat, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Sturm kam gegen ein Uhr mittags von Westen, als das Personal der Flugmaschinen und die Piloten gerade beim Frühstück saßen. Das muß als glücklicher Zufall bezeichnet werden, denn eine Stunde früher oder später wären statt der drei Menschenleben, die jetzt zu beklagen sind, zehnmal so viel Opfer gefallen. Der Sturm packte zuerst den Bahnhof von Mourmelon-le-Petit, wo augenblicklich eine neue Halle für Lenkbare gebaut wurde. Zwei Dachgerüste waren bereits errichtet, auf denen sechs Zimmerleute beschäftigt waren. Diese Unglücklichen wurden vom Gerüst gefegt, zwei waren sofort tot, der dritte starb, als er ins Hospital gebracht wurde. Die drei anderen sind schwer verundet. Es sind Arbeiter aus Paris, deren Namen noch nicht festgestellt sind. Dann wandte sich der Sturm mit heulendem Pfeifen gegen die kleine Barackenstadt der Aviatiker, wo von Westen nach Osten Farman, Sommer, Blériot, Voisin, die Antoinettegesellschaft und andere ihre Ateliers haben. Die Niederlassung von Farman, 23 Schuppen, Wohnhäuser und Werkstätten wurden mit schrecklichem Krachen zusammengeworfen, die Dächer und Mauern stürzten übereinander. Der Schuppen Sommers wurde von der Erde aufgehoben und einige hundert Meter weit fortgeführt. Durch einen wunderbaren Zufall ist der Aeroplane Legateur, der sich darin befand, völlig unbeschädigt geblieben. Auch die Schuppen des Hussen v. Volostoff, von de Baeders und anderen sind zerstört. Voisin, Antoinette und Blériot kamen besser davon. Der Sturm war so stark, daß er ein Wechdach einen Kilometer weit trug. Farman erleidet einen Schaden von 200000 Francs. Fünf neue Violone sind vernichtet.

Geschichtskalender.

10. April.

Beginn der nordamerikanischen Befreiungskriege. Charles Darwin in Down bei Bedfordham f. Der Physiker Pierre Curie in Paris f.

Der Kampf in Breslau

Immer noch nicht in voller Schärfe entbrannt. Auf einer Anzahl von Bauten wird noch gearbeitet und die erregte Zahl von Ausgesperrten ist noch nicht annähernd erreicht. Die Unternehmer scheinen sich durchaus nicht wohl zu fühlen. Bereits jetzt fangen sie an, sich beim Publikum zu entschuldigen und alle Schuld auf die bösen, unzulässigen Arbeiter zu wälzen. Wenn sie ein gewisses Gewissen hätten, würden sie sich in die geistigen Anstalten nicht flüchten, denn im Falle weiß man nur zu gut die Wahrheit des bekannten Wortes zu schätzen: Wer sich entschuldigt, klagt sich an. Gleich kommen wir auf diesen Wandwurm in der „Schlef.“ noch einmal zurück.

Der Mittelweg. Versuche bahnt die „Bresl.“ an, die überlebende, daß gerade die Breslauer Bauherren unter Wolfrans Leitung seit 13 Wochen alle Einigungsversuche brüskt verworfen hat. Aber sie meint es nicht, wenn sie schreibt:

Ohne auf die Differenzen selbst einzugehen, glauben wir doch behaupten zu dürfen, daß es sich unmöglich um eine in üblicher Weise handhabbare Angelegenheit handelt. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir uns sagen, daß, wenn es in Hamburg und Berlin und neuerdings auch in Magdeburg möglich war, die Ausperrung zu verhindern, (auch hier ist die „Breslauer Zeitung“ schlecht unterrichtet), so auch in Breslau möglich sein muß. Wir haben bisher nirgends etwas gehört, daß gerade hier in Breslau besondere Schwierigkeiten vorliegen, die, im Gegenstande zu Berlin und Hamburg, eine Einigung unmöglich machen. Wenn diese lokalen Sonderumstände aber fehlen, und wenn es sich lediglich darum handelt, prinzipielle Differenzpunkte bezüglich der Arbeitsverträge zwischen den Bauunternehmern und den Bauarbeitern zur Entscheidung zu bringen, so wissen wir nicht, warum die Breslauer in dieser Angelegenheit ein stärkeres Solidaritätsgefühl besitzen sollten, als die Berliner oder die Hamburger oder die Magdeburger. Und deshalb glauben wir, daß es unter allen Umständen geboten ist, bei uns in Breslau in Einigungsversuchen einzutreten, für deren Vermittlung ja geeignete Kräfte vorhanden sind; wir halten es aber weiter für geboten, diese Verhandlungen möglichst rasch in die Wege zu leiten, so lange beide Parteien über die Angelegenheiten noch verhältnismäßig leidenschaftslos zu verhandeln imstande sind, ehe so schwere Wunden geschlagen sind, daß die Erbitterung dagegen schumpft, ob man das Vernünftige oder Unvernünftige tut. Gerade die Erinnerung an die unvorhergesehenen und unvorhersehbaren Folgen der Ausperrung der Maschinenarbeiter (? Neb. h. „B.“) bei der die Leidenschaften aufs höchste erregt waren, sollte davor warnen, Wege zu wandeln, deren Anfang man wohl kennt, von denen man aber nicht weiß, wohin sie führen können.

Wir werden genau aufpassen, ob irgend jemand diesen Vorschlag aufnehmen wird.

Auch im Landkreise keine Einigkeit.

Im benachbarten Hartlieb hatten sich Sonntag im Stablißement von Niesel die organisierten Bauarbeiter vollständig eingefunden. Die Antipathie so mancher Arbeiter gegen die Ausperrung fanden die hier zusammengekommenen Kollegen ganz unerwartet bestätigt. Ein Maurermeister aus dortiger Gegend hatte sich eingefunden und trat an die vor dem Versammlungslokale wartenden Bauarbeiter mit der Frage heran, ob sie bei ihm in Arbeit treten wollten; er brauche 30-40 Bauarbeiter, die er einstellen müsse, um eine Arbeit bei der Bahn in Angriff nehmen zu können. In der Versammlung selbst wurde festgestellt, daß auch in Breslau von verschiedenen Meistern die sogenannten Scharwerksarbeiten ruhig fortgeführt, der Beschluß der Arbeitgeber also von vielen Meistern möglichst umgangen würde.

Die Ausführungen Machols, die sich mit den von seiten der Organisation zu treffenden Maßnahmen gegenüber der jeweiligen Unternehmertafel beschäftigten, fanden begeisterte Zustimmung.

Für die ausgesperrten Kollegen ist die Zeit der Abkämpfung täglich von 9-10 Uhr Vor- und 3-4 Uhr Nachmittags im Lokale von Niesel. Die in Arbeit stehenden Kollegen haben sich im Verbandsbureau zu melden, um dort die Streikkarte in Empfang zu nehmen. Von den zwei Versammlungen, die wöchentlich für die Zeit der Ausperrung festgesetzt sind, findet je eine für Hartlieb bei Niesel statt. Die Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation.

Ein fideles Anfang

Von den Unternehmern bereits gemacht. In einer geheimen Sitzung, die Ende voriger Woche im Schreibbüro Keller stattfand, hat man der ersten Rate der Unternehmungen, die bereits freundschaftlich zugeprochen und den Beschluß des Arbeitgeber-Verbandes, der Tausende von Arbeitern auf die Straße geworfen hat, in frühlicher Laune gehörig begoffen eingeweiht. Die Stimmung bei dieser Sitzung muß trotz Ernstes der Situation eine sehr animierte gewesen sein. Einem der hiesigen Oberbauräte der Bauunternehmer, Herrn Köhler, hatte sie ein derartig überglückliches Gesichtsausdruck, daß er sich in die heille Zwangslage verwickelt, von seiner Ehehälfte sich abholen zu lassen. In beständlichem Zustande wurde er dann per Taximeter nach seiner Wohnung gebracht.

Die Meldestellen der Ausgesperrten.

wo sie sich täglich zwei Mal einfinden müssen, befinden sich in folgenden Lokalen:

- 1. Gewerkschaftshaus (für innere Stadt, Ohlauer Tor und Scheitling).
2. Wenzel, Waterloostraße 14 (für das Oberdorf).
3. Sommer, Westendstraße 26 (für die Thebenie).
4. Schärer, Lewaldstraße 22 (für Grätzchen und Scheitling).
5. Schärer, Gerbainstraße 61 (für die „Sub.“ und Scheitling).
6. Risch, Subenstraße 113. (Nur für Bauhilfsarbeiter.)

ist auch heute noch nicht festzustellen. Fortwährend melden sich noch einzelne Ausgesperrte. Bis um 12 Uhr waren gezählt: 800 Maurer, 375 Zimmerer (von den 522 Organisierten also erst die größere Hälfte), 460 Bauhilfsarbeiter.

\* Achtung, Zimmerer! Heute Abend im „Goldenen Bepler“ Versammlung. Anfang Punkt 7 Uhr.

\* Zentralverband der Maurer. Heute, Montag, Abend: 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Wilhelmsburg“, Neuborsstraße 64. Tagesordnung: Bericht über den Stand der Bewegung. Die Versammlung der Bauhilfsarbeiter heute Abend bei M i l d e, Grätzchenstraße, beginnt bereits um 7 Uhr.

Wo wird am lottrigsten gebaut?

In Breslau! Wer sagt's? Einer, der es wissen muß, nämlich der Anwalt des Haus- und Grundbesitzvereins in Breslau, Justizrat Dr. Epstein. Anschließend an einen Vortrag über die große Trockenfälle in Breslauer Häusern sagte er laut Bericht der „Breslauer Morgenzeitung“: An der großen Trockenfälle in Breslau irage die lottrige Bauweise die Schuld. Es gebe keine andere Stadt in Deutschland, wo so lottrig gebaut werde und die Trockenfälle so verbreitet sei, wie in Breslau.

So lange es die Arbeiter sagten und als die Ursache dieser Lotterwirtschaft die Alford- d. h. Schleudrarbeit angaben, war es nicht wahr. Wer man es jetzt glauben?

Lohnbewegung der Breslauer Bäckergefelln in Sicht?

Am 14. d. Mts. fand in den „Union“-Sälen eine Bäcker-Versammlung statt. An Stelle des verhinderten Verbands-Vorsitzenden Mann referierte Genosse Winger. Einleitend schilderte der Referent die schweren Kämpfe, welche die deutsche Arbeiterklasse augenblicklich auszufechten hat. Auch ständen die Bäckergefelln in zehra zwanzig deutschen Städten im Lohnkampf. An der Hand einer Statistik schilderte Genosse Winger die Lohn- und Arbeitsbedingungen der hiesigen Bäckergefelln. Da die große Masse der „Volkswacht“-Leser ein Interesse daran haben dürfte, unter welchen Bedingungen die Vertreter des „täglchen Brotes“ fronden müssen, geben wir aus dem Referat folgendes wieder:

Die Löhne der Breslauer Bäckergefelln spotten jeder Beschreibung. Fast 50 Prozent der Gefelln verdienen einen Wochenlohn von nur 5 bis 8 Mark, neben sonstiger Kost und Wohnung. Bei einer Durchschnittsarbeitszeit von 90 Stunden! Das macht 12 bis 15 Pfennige pro Stunde. Keinem ungelesenen Arbeiter dürfte ein solcher Hungerlohn angeboten werden. Für nur 5 Prozent der hiesigen Gefelln ist der Kost- und Logiszwang beseitigt. Es sind dieses aber nur verheiratete, denen der Wohnsohn in der ausbezahlt wird. Löhne von 16 bis 18 Mark für sieben Arbeitstage, oder vielmehr Nächte, für die Familienväter sind keine Seltenheit. Also 95 Prozent der Gefelln sind hier noch dazu verurteilt, sich von Meistern mit schlechter und ungenügender Kost abspesen zu lassen. In den „Schlafsalons“, in denen die Gefelln und Lehrlinge zu schlafen gezwungen sind, sieht es folgenmaßen aus: 50 Prozent dieser Schlafräume befinden sich auf der vierten Etage oder im Bodenzimmer, 10 Prozent der Schlafräume befinden sich im Keller, neben oder über dem Saalraum. In 40 Prozent der Schlafräume werden die Betten selten oder unregelmäßig ausgeschüttelt. Ja, in einigen Betrieben vergehen Wochen, ehe sich die Frau Meistern oder das Dienstmädchen um die Gefellnbetten kümmert!! In 65 Prozent der Schlafräume werden diese selten oder garnicht gereinigt! Die meisten Schlafräume — diese dienen auch zugleich als Aufenthaltsraum — können nicht geheizt werden, weil entweder kein Ofen vorhanden, oder der Meister keine Kohle liefert. In 35 Prozent der Schlafräume wird die Bettwäsche selten und unregelmäßig gewechselt. Ja, in sehr vielen Fällen wurde die Bettwäsche nicht einmal gewechselt, wenn ein Gefellwechsel eintrat. Daß in vielen dieser „Salons“ Tisch und Stuhl fehlte, ist nach dem Geschilderten selbstverständlich.

Es wird wohl jeder vernünftige Mensch zugeben müssen, daß der Aufenthalt in solchen Räumen, in Verbindung mit der unmenüschlichen langen Arbeitszeit, die Gesundheit der Gefelln und Lehrlinge ruinieren muß. Außerdem werden die Gefelln durch den Kost- und Logiszwang in jeder Weise behormundet und als Sklaven behandelt. Es muß daher alles aufgegeben werden, um dieses vorhinfluchende System zu beseitigen. — Trotzdem die Arbeitszeit in Bäckereien seit dem Jahre 1896 auf 12 Stunden täglich beschränkt wurde, wird — wie kürzlich wieder festgestellt wurde — in fast 50 Prozent der Breslauer Bäckereien täglich über die gesetzliche Zeit hinaus gearbeitet. Würde die Polizei öfter kontrollieren und die Gefelln und Lehrlinge — nicht den Meister — ohne Wissen der Meister befragen, so würde die Ueberarbeit wohl eingeschränkt werden. Die Polizei sollte sich auch mehr um die armen Lehrlinge kümmern, welche nach zwölf- bis vierzehnstündiger Arbeitszeit noch mit dem Protz auf der Straße herumlaufen müssen. Leider sind die Bestrafungen für diese Gesetzesübertreter so gering, daß es in vielen Fällen eher eine Prämie für Gesetzesübertretung darstellt. Den Gefelln und Lehrlingen wird, mit wenigen Ausnahmen, nichts für die Ueberstunden bezahlt.

Die Frage auf Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages für die Bäckergefelln ist in der letzten Zeit immer brennender geworden. Ist es doch als ein Skandal zu bezeichnen, daß die hiesigen Gefelln Jahr ein, Jahr aus sieben Nächte pro Woche arbeiten müssen. Es hat beinahe der Anschein, als wenn die Bäckergefelln Menschen zweiter Klasse sind, und doch stellen sie das wichtigste Nahrungsmittel her.

Um die große Arbeitslosigkeit im Bäckerberufe einzuschränken, wurde von der Organisation im Januar dieses Jahres an die hiesige Bäckerei ein Antrag gestellt, die Zahl der Lehrlinge — die nirgends höher ist als in Breslau — etwas einzuschränken. Die Antwort, welche unserer Organisation — nach zehra drei Monaten — zugeht, ist der reine Hohn. Man höre: Es sind nicht zu viel Lehrlinge vorhanden, im Gegenteil, die Zunahme muß alles aufweisen, um die Zahl der Lehrlinge zu erhöhen, damit kein Gefellmangel eintritt. Jeder fleißige Gefell kann Meister werden. Eine Arbeitslosigkeit unter den Breslauer Bäckergefelln gibt es nicht, denn Angebot und Nachfrage „läßt sich die Waage“. Das mag der Innungsvorstand zu schreiben, wo hier die Arbeitslosigkeit so groß ist, daß auf jede offene Stelle zehn Arbeitslose entfallen! Allerdings kennen diese Herren nicht die Schattenseiten der Arbeitslosigkeit. Die meisten von ihnen sind immer „arbeitslos“, nur mit dem Unterschied, daß sie andere für sich arbeiten lassen. Dieses inunngswirtschaftliche Schicksal ist außer von dem Innungsvorstand noch von dem Gefelln-„Aussschuß“-Mitgliedern: Zimmermann, beschäftigt in der Bäckerei Schöpfert, Berberstraße, P. Hoffmann, beschäftigt in der Bäckerei Biol, Altbürgerstraße, und Wollas, beschäftigt in der „Schlitzerbrotfabrik“, Scheitlingerstraße, unterschrieben. (1)

Am Schlusse seiner Ausführungen ersuchte Genosse Winger, aus dem rüftändigen Verhalten der Innung sowie des Gefelln-Aussschusses die Konsequenzen zu ziehen und für den Ausbau der Organisation zu sorgen, um hier in nächster Zeit menschenwürdige Zustände schaffen zu können. Als erster Disziplinierungsrechner verurteilte das Gefelln-Aussschuß-Mitglied Hoffmann, die Innung sollte den Gefelln-Aussschuß zu verteidigen. Es entstand aber solche Urzüge, daß der Vorsitzende Winge hatte, Hoffmann weiterreden lassen zu können.

Von allen Seiten wurden Applaus laut. Am Ende der Versammlung lernte Genosse Winger diesen „Gesellen-Wortführer“ ab. Es sprachen noch mehrere Redner im Sinne des Referenten. Folgende Resolution wurde bei 5 bis 6 Stimmen Entschlossenheit der „Schwarz-gelben Meisterkreise“ angenommen: Die heute in den „Union“-Sälen tagende Versammlung Breslauer Bäckergefelln erkennt an, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den hiesigen Bäckereien bringen einer Verbesserung bedürfen. Der Vorstand der hiesigen Breslauer des Verbandes der Bäcker und Konditoren wird deshalb beauftragt, die nötigen Vorarbeiten für eine Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuweisen und einer in nächster Zeit stattfindenden Versammlung Bericht zu erstatten. In der Erkenntnis, daß nur eine gute Organisation imstande ist, unsere berechtigten Forderungen zur Durchführung zu bringen, verpflichten sich die Anwesenden, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß sich alle noch fernstehenden Kollegen dem Bäcker- und Konditoren-Verbande anschließen. Die Versammlung protestiert gegen das verächtliche Verhalten des Gefelln-Aussschusses und spricht ihm das schärfste Mißtrauen aus.

\* Vom Arbeitswilligenschutze. Wie bereits kurz mitgeteilt, hatten sich am Sonnabend der Bauarbeiter Georg Wicher und der Angestellte des Bauarbeiterverbandes, Theodor Machol, vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Am 28. Dezember kam es auf dem Bau des Maurermeisters Krebs auf der Opitzstraße zu einer Arbeitseinstellung der Kalk- und Ziegelträger wegen Lohnsdifferenzen. Der Arbeiter Gottl. Pech hatte sich geäußert, dem Steinarbeiterverbande anzugehören. Als es nun zur Arbeitseinstellung kam, wollte er vom Bauarbeiterverbande Unterstützung haben. Statt dessen wurde ihm bescheinigt, daß er durch die Bewegung der Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen sei, damit er von seinem Verbande Unterstützung erhalte. In Wirklichkeit war Pech aber unorganisiert und da er nun mit der Befcheinigung nichts anfangen konnte, ging er auf den Bau zurück, fing wieder an zu arbeiten und benutzte die Wicher und Machol obendrein, ihn durch Drohungen zum Niederlegen veranlaßt zu haben. Vor Gericht erschien er jetzt als Zeuge stark betrunken. Seine Auslagen waren völlig verworren. Gegen Wicher wußte er überhaupt nichts vorzubringen und in Bezug auf Machol hielt das Gericht nach der Aussage des Pech für erwiesen, daß er dem Zeugen gesagt habe, er solle sich überlegen, was er tue, denn sonst würde es ihm auf einem anderen Bau schlecht gehen. Dafür wurden zehn Tage Gefängnis festgesetzt.

Die Straßenbahn maßregelt lustig weiter!

Die Direktion der Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft läßt sich durch den Boykott der Linien 1-9 durch das Publikum, das damit die Maßregelung mehrerer Straßenbahner beantwortet, durchaus nicht zu einer Milderung in ihrem Verhalten bewegen. Auch als eine gerichtliche Entscheidung gegen sie ausfiel, blieb sie auf ihrem alten eigenherrlichen Standpunkt bestehen. Gegen die Bestrebungen ihrer Angestellten, ihre Lage zu verbessern und sich gegen derartige Maßregelungen zu schützen, nimmt sie in ganz rigoroser Weise Stellung. Wie der „Schlef. Volksz.“ mitgeteilt wird, hat sie abermals 15 Angestellte entlassen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß die Angestellten der letzten Straßenbahner-Versammlung beigewohnt haben und den christlichen Gewerkschaften angehören. Wie das genannte Blatt weiter meldet, „befürchtet man, daß die Angestellten während der nächsten Festwoche in einen Streik eintreten. Die Nachricht von derartigen Absichten der Angestellten ist, wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, glatt erfunden. Die Direktion wird damit niemanden von der Berechtigung ihrer neuen Maßregelungen überzeugen. Vor allem aber ist ihr augenblickliches Verhalten am allerwenigsten geeignet, einem Streik zu höchst unangelegener Zeit vorzubeugen. Sie dürfte im Gegenteil sich im Publikum durch derartige Maßnahmen eine bedeutende Segnerschaft heranziehen, die die Straßenbahner durch einen ausgedehnten Boykott, der z. B. bei der Festwoche recht unangenehm werden könnte, ausgiebig unterstützen würde. — Wie verlautet, stehen weitere Maßregelungen bevor.“

Diese Provokation kann sich die Straßenbahn leisten, denn die christlichen Gemahregellen führen den Kampf nicht so, daß sie ihn ernstlich verspürte. Die Christlichen werden schon über kurz oder lang zu schärferen Mitteln greifen lernen. Der Boykott allein tut's nicht, zumal er in der Hauptsache nur von den freiorganisierten Arbeitern, von den Sozialdemokraten, unterstützt wird.

Eine Korrespondenz meldet dazu noch: Wie weit die Erbitterung unter den Straßenbahnangestellten geht, beweist die Tatsache, daß unter ihnen behauptet wird, die Direktion hätte mehrere Angestellte, die eine große Anzahl von Dienstjahren hinter sich haben entlassen, um nicht in die Lage zu kommen, ihnen später eine Pension zu kommen zu lassen.

\* Galizier als Konkurrenten. Beim Steinlegemeister Kohla hat der Schachmeister Linke eine Anzahl Galizier eingestellt, obwohl es in Breslau selbst genug Arbeitslose gibt. Es haben darauffin und weil keine Einigung zu erzielen war, zwölf Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

\* Zur Tarifbewegung der Innungsbauere. Wir berichteten, das am 13. d. Mts. die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht fortgesetzt werden. Die Verhandlungen fanden zwar statt, und der Gewerbegerichtsvorsitzende Dr. Braslin gab sich große Mühe, eine Einigung der Parteien herbeizuführen, es war aber nicht möglich. Die Arbeitgeber lehnten wiederum jede Unterhandlung mit der Organisationsleitung ab, und stellten sich im Uebrigen auf den in den Vorverhandlungen eingenommenen hartnäckigen Standpunkt: nichts bewilligen zu wollen. Nach zweistündiger Auseinandersetzung bequamen sich die Herren endlich, einen dreijährigen Tarif abzuschließen, jedoch sollten nur die bisherigen Mindestlöhne im Tarif festgelegt werden und zwar für Monteur, Hüfsmonteur und Hüfearbeiter, aber diesen Kategorien sollen die Unternehmer eine Zulage von 2 Pfg. gewähren, vorausgesetzt, daß die Innung die Zulage im Plenum genehmigt. Der Gefelln-Aussschuß erklärte, daß es nur heißen könne: Monteur und Hüfearbeiter, die geringe Lohnverbesserung von 2 Pfg. ist nicht diskutierbar sei. Die Parteien gingen auf diese Weise ohne Resultat auseinander. Sofort trat die Vertrauenskommission der Arbeitnehmer zu einer Sitzung zusammen, die ihre Beschlüsse gegenüber der Haltung der Unternehmer faßte. Diese Beschlüsse wurden in der am Sonntag Vormittag im Oppelner Schloßbrau abgehaltenen zahlreich besuchten Versammlung mitgeteilt. Die Vertrauenspersonen in den resp. Betrieben sollen den Gehilfen ihren Arbeitgebern am Montag, spätestens aber Dienstag mit dem Schreiben unterbreiten, sich über Annahme oder Ablehnung zu äußern. Die Antworten, gleichviel wie sie ausfallen, müssen dem Bureau der Verwaltungsstelle unverzüglich mitgeteilt werden.

Montag Abend findet wiederum eine Versammlung statt, diesmal im „Goldenen Reiter“, in welcher die weiteren Schritte beraten werden. Endgültiger Beschluß gefaßt werden soll. Nach kurzer Aussprache erklärte sich die Versammlung damit einstimmig einverstanden.

Der zweite Vortragabend des Genossen Egelbert Graf hatte denselben großen Zuspruch aufzuweisen, als der erste. Mit Spannung und Interesse folgten die Anwesenden den Schilderungen über die Bildung der Erdkruste und die Entstehung der Steine und Gebirge. Der dritte Abend wird das Thema „Vulkane und Erdbeben“ umfassen und durch ebenso schöne Lichtbilder erläutert werden, als dies Freitag Abend geschah. Einzelkarten sind noch zum Preise von 15 Pfg. zu haben.

Im Lobetheater stellte sich am Sonnabend in der Rolle der Angete Didier Fr. v. Gräffl aus Wien vor. Die Dame erwies sich dabei als eine glänzende Bühnenschauspielerin und eine Sängerin und Darstellerin, die anscheinend wie gewöhnlich dazu ist, unser Volk jeder Richtung hin zu erfreuen. Dem hätten wir sie am Sonntag auch noch als Milla im „Verführer“ zehret, allein sie war besser geworden und konnte nicht aufstehen. Das macht uns einigmaßen bedenklich, denn am Sonnabend schien uns ihr herrliches Organ weit widerstandsfähiger als es nach dieser plötzlichen Verlaugung zu sein scheint.

Metallarbeiter-Verband. Heute, Montag, im Gewerkschaftshaus General-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen erforderlich. Die Verwaltung.

Inhaltliche, Kofeliger, Geister! Dienstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, findet im „Goldenen Reiter“, Klosterstraße, eine Versammlung statt, in der kein Kollege fehlen darf. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung dieser Versammlung: Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen in den einzelnen Betrieben und Pechschlichtung. Die Berichterstattung werden reichlich, bereits um 7 Uhr zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Woch noch gefordert. Die bei dem Brande Schwesler, 19 am vorigen Mittwoch von den Feuerwehrmannschaften mit knapper Not gerettete 79-jährige Hauswirtschafterin Kiesevalter ist am Sonntag früh 6 Uhr im Allerheiligen-Hospital, wo sie sofort untergebracht war, an ihren Brandverletzungen verstorben. Auch ihr Vater, der Oberleutnant Hermann Kiesevalter, liegt dort noch schwer darnieder, jedoch alle Lebensgefahr noch immer nicht beseitigt ist.

Schwerer Unglücksfall. In der Nacht zum 15. d. Mts. stürzte ein heftiger Föhnherd von den Klippen des Rastbachs in die Vertiefung und zog sich eine schwere Scherenschnittverletzung zu, die seine Unterbringung im Penzance Krankenhaus notwendig machte. Nach der Auffassung der Ärzte ist die Verletzung des Verunglückten so schwer, daß er in Lebensgefahr schwebt.

### Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

#### Zur Reichstagsersatzwahl in Jauer-Landesbehut

wird bestimmt mitgeteilt, daß von der konservativen Partei der frühere Landtagsabgeordnete Waenssch-Schmidlein doch noch aufgestellt werde. Ueber die Aufstellung wird heute Montag in der Vertrauensmännerversammlung in Vollenhain endgültig beschloffen. Einem Jauerischen Blatte wird mitgeteilt, daß die National-liberale Partei ebenfalls mit einer eigenen Kandidatur auf dem Platze erscheinen will und hierzu Herrn Pastor Kröppel aus Kreutz, Hr. Neomig, welcher am Sonntag, den 8. April, in Jauer sprach und nächsten Dienstag in Landesbehut denselben Vortrag zu halten beabsichtigt, anzuweisen hat. Die letzte Nachricht erscheint uns doch sehr unverbürgt.

#### Schweidnitz, 18. April. Wahlschicksel-Demonstrationen.

Eine mühselige und ruhig verlaufene Kundgebung für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht fand am Sonnabend in der Mittagsstunde auf dem Markte statt. Kurz nach 12 Uhr begann der Aufmarsch der Demonstranten, die, von ihren Arbeitsplätzen kommend, namentlich vor dem Offizierskasino, wo die Regimentskapelle der Grenadiere die Parolen mitteilte, in energischen Schritten Aufstellung nahmen. Die Polizei hatte erst in letzter Minute, als die Demonstranten bereits anrückten, von dieser Kundgebung Kenntnis erhalten. Die Befürsichtigung über diese Ueberrumpelung war daher im Hauptquartier auf dem Burgplatz keine geringe. In aller Eile wurden die Schutztruppen eingesetzt und auf dem Markt postiert.

Aber diese „Verlegbarkeitskass“ erzielte sich als überflüssig; die nach Hunderten zählende Menge hatte gar nicht die Absicht, es auf eine Attacke mit der Polizei-Soldateska ankommen zu lassen. Die Demonstration fand im Zeichen ruhiger Ueberlegenheit; auch die Polizei war insofern von ihrer Aufregung und Nervosität kuriert. Zwei der Teilnehmer wurden wegen Schrensens auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht notiert, im übrigen verlief diese spontane Wahlrechtskundgebung ohne Zwischenfälle. — Wenn die „Tägliche Rundschau“ von einem durch die Demonstration verursachten Rastfahrungsunfall zu berichten weiß, so ist das nicht zutreffend. Der betreffende Unfall ereignete sich Ecke Sob- und Petersstraße und stand mit der Demonstration in keinerlei Zusammenhang. Aber der Zweck hielt sich auch hier die Mittel.

Wrieg, 18. April. Zur Bauarbeiter-Aussperrung. Im Stadt- und Landkreise haben, wie die „Wrieger Zig.“ berichtet, neun Unternehmer ausgesperrt (5 in Stadt Wrieg, 4 auf dem Lande), weiter gearbeitet wird in den Betrieben von ebenfalls 9 Unternehmern (8 in Stadt Wrieg, 6 auf dem Lande). Arbeitslos wurden 200 Maurer und 80 Hilfsarbeiter, wobei zu bemerken ist, daß in dieser Summe die hier beheimateten Maurer inbegriffen sind, die in Breslau ausgesperrt wurden. Von den 25 Neubauten in der Stadt Wrieg sind 16 stillgelegt, während auf 9 weitergearbeitet wird. Wie wir hören konnten, haben einzelne Bauherren, die die Fertigstellung ihrer Häuser zu nicht verzögert wissen wollen, den Weiterbau solchen Unternehmern übertragen, die nicht ausgesperrt haben. Die Stimmung unter den Ausgesperrten ist sehr zuversichtlich.

### Neueste Nachrichten.

#### Kundgebung in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 18. April. Frau Rosa Luxemburg hat auf einer süddeutschen Agitationskonferenz gestern im Schumanntheater gesprochen. Der Raum war dicht gefüllt. Frau Luxemburg behandelte den Wahlrechtskampf und seine Lehren. Als nächste Gelegenheit zu demonstrieren, bezeichnete sie die Kaiserfeier, die aus ihrer Verachtung herangeführt werden müsse. Nach der P-Konferenz ließ sich ein Demonstrationsszug, der ohne Zwischenfälle zum Gewerkschaftshaus marschierte.

#### Die Aerzte gegen die Reichsversicherungsordnung.

Berlin, 18. April. Der gestern hier abgehaltene außerordentliche deutsche Aerzete tag nahm eine Resolution an, die sich gegen den Entwurf der Reichsversicherungsordnung ausspricht.

#### Schwere Ballon-Katastrophe.

Reichenbach (Reg.-Bez. Cassel), 18. April. (S. L. V.) Gestern früh 7 Uhr wurden in einem Garten, zwei Häuser von Reichenbach entfernt, ein Ballonkorb samt Instrumenten und Proviant aufgefunden. Es stellte sich heraus, daß die Teilnehmer dem Ballon „Delizios“ angehörten. Umweil des Nordes wurden die Leichen der Luftfahrer gefunden. Zwei von ihnen stießen mit den Köpfen tief in der Erde. Alle vier haben entsetzliche Knochenbrüche erlitten und stellten zum Teil nur eine formlose Masse dar. Dem einen der Herren war anscheinend der Nihil durch den linken Arm gefahren. Bei dem furchtbaren Absturz waren die Körper durch die Zurück eines Obbaumastes gefallen. Der Körper des, der hoh nach dem Aufstehen der Leichen an der Unglücksstelle erschienen war, nahm eine Beschädigung der Geleiten vor. Es ergab sich, daß sämtliche vier Insassen des Ballons dem Sturz getroffen worden waren. Der Hund löst erkennen, daß die Luftfahrer einen schrecklichen Tod gefunden haben. Die Todesangst ist in ihren Gesichtern ausgedrückt. Alle hatten die Hände frampfhaft gefaßt. Die Leichen wurden nach Eisewege gebracht. Die vier getöteten Personen waren der Kaufmann Luft aus Bitterfeld, der Ingenieur Reichardt aus Gera, der Amtsärzt Dr. Höder und der Kaufmann Graubner aus Leipzig. Als sicher kann man annehmen, daß der Ballon in einer Höhe von 600 bis 800 Meter von seinem Schicksal ereilt wurde.

Reichenbach, 18. April. (S. L. V.) Nach einem Zwischenfalligen-Geschehen muß angenommen werden, daß der Nihil die vier Insassen der Gondel gefaßt oder sofort getötet hat.

hat. Eine Krankenschwester fiel beim Anblick der Leichen in Ohnmacht. Ueber das Unglück wird noch gemeldet: Ein Einwohner von Reichenbach, der um 1 Uhr aufgewacht war, hörte einen furchtbaren Knall und glaubte, es habe jemanden erschlagen. Da er aber weiter nichts bemerkte, legte er sich wieder schlafen. Erst am anderen Morgen machte er die furchtbare Entdeckung, daß ein blutiger Fleck im Garten lag. Bei einer Blegel unweit Drennbergen wurden später drei große Stücke der völlig zerlegten Ballonhülle aufgefunden.

#### Ein Unfall des Parveal IV.

Leipzig, 18. April. (S. L. V.) Parveal IV geriet zwischen 7 und 8 Uhr zwischen Sommerfeld und Tauscha in einen heftigen Regen. Das Boot wurde durch einen Propeller beschädigt. Das Boot wurde auf freiem Felde unweit Sommerfeld. Der Boot wurde niemand.

#### Neue Unruhen in China.

London, 18. April. „Times“ berichtet über fremde feindliche Unruhen in Tschang-Tschu. Die chinesischen Beamten haben die Konsulate benachrichtigt, daß sie nicht imlande wären, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese Mitteilung hat große Aufregung hervorgerufen.

#### London, 17. April. Das „Kreuzer-Bureau“ melbet

aus Tschang-Tschu: Der Gouverneur und sein Sohn wurden getötet. Der Jansen wurde zerstört. 24.000 Pflünderer suchten die Stadt heim, die in Brand steht. Die norwegische und die katholischen Missionen sind verbrannt, die übrigen zerstört worden. Die allgemeine Vernichtung des fremden Eigentums, darunter des japanischen Konsulats, folgte. Eine zur Nachtzeit ohne Licht fahrende Dschunke wurde von dem nach Tschang-Tschu eifenden englischen Kanonenboot „Amis“ überannt. Drei deutsche Missionäre sollen sich an Bord befunden haben und ertrunken sein. Man weiß indessen nur von acht Deutschen, die sich in Tschang-Tschu befunden haben und in Sicherheit sein sollen. Ein späterer Bericht sagt, daß drei Amerikaner vermißt werden, und daß diese möglichstweise mit der Dschunke untergegangen seien.

#### Unruhen in Tschang-Tschu.

London, 18. April. (S. L. V.) „Times“ berichtet über fremde feindliche Unruhen in Tschang-Tschu. Die chinesischen Beamten haben die Konsulate benachrichtigt, daß sie nicht imlande wären, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese Mitteilung hat große Aufregung hervorgerufen.

#### Wibronson liegt wieder im Sterben.

Paris, 18. April. (S. L. V.) Wibronson, dessen Genesung in den letzten Tagen gute Fortschritte gemacht hatte, hat einen Rückfall erlitten, so daß seine Pariser Freunde das Schlimmste fürchten.

### Bersammlungen und Vereine.

#### Gewerkschaftshaus.

Montag, den 18. April: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Viderandgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7. Metallarbeiterverband. Generalversammlung. Großer Saal. Schneiderverband. Versammlung. Zimmer 1. Arbeiter-Sängerverein. Ausschussung. Zimmer 2. Dienstag, den 19. April: Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein. Kalkreiner-Abend. Steinfeher Abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer 2. Schuhmacher. Versammlung. Zimmer 1. Frohmann. Nebungabend. Zimmer 2. Korfarbeiter. Versammlung im Billard-Zimmer. Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt. Landdistrikt 11. (Deutsch-Eissa und Umgegend.) Montag, den 18. April, Abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft bei Folger. Referent: Genosse Scholich. Alle erscheinen.

Nach langem, schweren Leiden verschied am 15. April 1910, mittags 12 Uhr, mein innigst geliebter Mann, unser trauer Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegersohn, der Kutscher **Gustav März** im blühenden Mannesalter von 39 1/2 Jahren. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Anna März**. Die Beerdigung findet Montag, nachm. 2 Uhr, von der Nervenklinik an der Einbaumstrasse statt. Wagen stehen am Trauerhaus, Weisenburgerstr. 5, um 1 Uhr zur Verfügung.

Todes-Anzeige. Am 15. d. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied, der Dresdener Kutscher **Gustav März** im Alter von 39 Jahren. Das Andenken des Verstorbenen werden in Ehren halten. Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Am 15. d. Mts. verstarb nach langem, schweren Leiden unser trauer Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegersohn, der Kutscher **Gustav März** im Alter von 39 Jahren. Ihre seinen Andenken! Der Sozialdemokratische Verein Breslau. Beerdigung: Montag, den 18. April, nachmittags 2 Uhr, von der Nervenklinik, Einbaumstrasse, nach Oswitz. Trauerhaus: Weisenburgerstrasse 5.

Am 15. d. Mts. verstarb nach langem, schweren Leiden unser trauer Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegersohn, der Kutscher **Gustav März** im Alter von 39 Jahren. Ihre seinen Andenken! Die Gensosen des Distrikts 9 (Adlerort) des Sozialdemokratischen Vereins Breslau. Beerdigung: Montag, den 18. April, nachmittags 2 Uhr, von der Nervenklinik, Einbaumstrasse, nach Oswitz.

Am 18. d. Mts. nachmittags 6 1/2 Uhr. verschied sanft nach schwerem Krankelager mein lieber Mann, unser Vater, Schwiegerater und Grossvater, der Handelsmann **Johann Göttlich** im Alter von 60 Jahren. Dies zeigen schmerzzerfüllt an Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung: Dienstag, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Allerheiligen-Hospitals. Trauerhaus: Posenerstrasse 45.

Stadt-Theater. Montag, 7 1/2 Uhr: „Wasserküchen. Erster Teil.“ „Wasserküchen Sager.“ „Die Piccolomini.“ Dienstag, 7 1/2 Uhr: „Carmen.“ Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Das goldene Kreuz.“ „Bernacchi.“

Liebliche Etablissement Lotte Sarrow in ihrem Elternhaus „Die Ehebrecherin.“ Kaputt: Bernhard Mörbitz etc. etc. etc. Tel. 7 1/2 Uhr.

Lobe-Theater. Montag, 7 1/2 Uhr: „Die Hochzeit des Figaros.“ Dienstag, 7 1/2 Uhr: „Der Graf von Zugenburg.“ Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Das Konzert.“ Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Der Graf von Zugenburg.“ Freitag, 7 1/2 Uhr: „Don L. Pöck.“ „Hans Gubrich.“

Viktoria-Theater Schimpanse Consul James Great. Farzans' rezeleg. Poliparr u. die übrigen Kunstkräfte. Anfang 7 1/2 Uhr. Boss gültig. Jed. Mittwoch u. Sonnabend: Naucha-Vorstellung. Jeder halbe Preis.

Thalia-Theater. Montag, 8 Uhr: „Die Pflanzstücker von Etrelabst.“ Schauspielhaus Montag, 8 Uhr: „Reiche Mädchen.“ Dienstag, 8 Uhr: „Der Weistritind.“ Mittwoch, 8 Uhr: „Der Bismarcker.“

Zeltgarten Et. H. Krausok. Große internationale Ringkampf-Monkurrenz um die Meisterschaft von Deutschland und die Staatspreise v. 4000 Mk. in der. - Kaputt Willi Haase mit seinen Schützlingen.

15,00 u. 16,50 Paimengarten. Dr. H. Krausok. Ganz neu für Breslau. Neger-Kapelle Aufgeben: Naupold-Orchester und die Prachtdekorationen.

Dominikaner. Neu! Neu! Bendix-Ensemble. Entrees frei. Täglich: 1898. 2 Burlesken und das übrige Spezialitäten-Programm. 9 Pl. - Reformbier - 9 Pl.

Reste! Reste! Reste! - s'früher franco unter Nachnahme 50 Pfler gute Schenken, icher fort. 15. - 30 Pfler gute delours. 30 Pfler feinst. Delouring. 19.50 Preis für alle Getränke gratis u. gratis. Moritz Salomon, Nürnberg, Rehsbergland, Weinmarkt 10. 6207

Strohüte für Damen, Herren und Kinder billigst direkt in der Fabrik Freund & Krebs Neue Graspenstrasse Nr. 11, Hof. u. Strohhüte werden modernisiert u. Dr. Schmitt's Patentseife ganz für unsere Zeit. Zigarren prechtliche Qualität, vorzüglich in Grand und Gschwand 100 Stk 2.50 Mt. bis 10.00 Mt. ungeschützt gegen Nachnahme Zigarren-Fabrik E. Lampke, Fabrik, Reich und Domburgstr. Breslau, Postfach 11, am Oberpostamt. Fabrik: Postfach 16, 16. Edergasse, Postfach 24, Friedrich-Ruhlgasse 15, Klosterstr. 12.